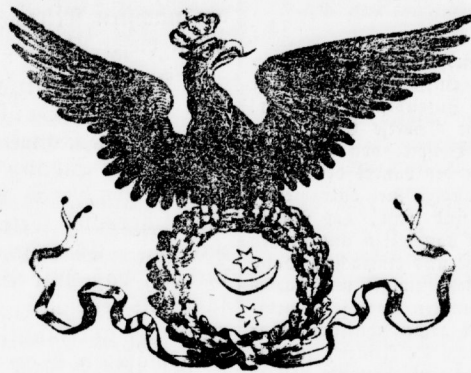


Vierteljährlicher Abonnements-Preis
für Halle und unsere unmittelbaren
Abnehmer: 22 1/2 Sgr. Durch die resp.
Post-Anstalten überall nur:
26 1/4 Sgr.

Der Courier.

Inserate für den Courier werden an-
genommen: In Leipzig in der
Buchhandlung von S. Kirchner,
Universitätsstraße, Gewandhaus Nr. 4.
In Magdeburg in der Kreuz-
schen Buchhandlung, Breites
weg No. 156.

Sächsische
für Stadt



Zeitung
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N^o 97.

Halle, Freitag den 27. April
Hierzu eine Beilage.

1849.

Deutschland.

Berlin, d. 25. April. Die gestern Nachmittag in Um-
lauf gekommene beglaubigte Nachricht von dem Rücktritt des
Ministers Grafen Arnim überraschte um so mehr, als man
ihn noch in der Morgen Sitzung der zweiten Kammer gesehen
hatte. Einige wollten den plötzlichen Entschluß dazu nicht in
der Wendung der deutschen Frage, sondern in dem Bekann-
werden anderer Dinge begründet erkennen, welche manche wun-
derbar verschlungene Fäden an das Licht gebracht haben sollen.
(Spen. Btg.)

Berlin, d. 26. April. Se. Excellenz der Herzogl. an-
halt-köthensche Staats-Minister von Gösler ist von Köthen
hier angekommen. — Se. Excellenz der Finanz-Minister der
provisorischen Centralgewalt, von Beckerath, ist nach Frank-
furt a. M. von hier abgereist.

Frankfurt a. M., d. 22. April. Gestern Abend war
Versammlung im Weidenbusch. Zuvörderst ward ein präju-
diceller Antrag bekämpft und abgelehnt, wonach die Discus-
sion über den Dreißigerausschuß bis auf Donnerstag den 26.
d. M. ausgesetzt werden sollte und zwar in Betracht verschie-
dener neuer Ereignisse, deren Entwicklung abzuwarten sei, be-
vor man auf irgend eine Beschlußnahme eingehe. Man ver-
kannte nicht, daß es von der höchsten Wichtigkeit sei, gegen-
wärtig nicht durch ein vielleicht zaghaft scheinendes Zögern das
Vertrauen des Volkes auf den Ernst und die Festigkeit der
Reichsversammlung zu schwächen, und man machte mit Grund
geltend, daß eben diese Festigkeit gebiete, den Dingen frisch
und muthig in das Auge zu blicken. Man verlangte keine
überstürzenden Maßregeln, aber doch erschien vielen der Ma-
joritätsbeschluß des Ausschusses als zu milde und ward ins-
besondere deshalb angegriffen, weil er eine Aufschiebung ins
Unbestimmte zu enthalten scheine, welche nicht in der Absicht
der Reichsversammlung liegen könne. Es wurden verschiedene
Anträge gestellt und man vereinigte sich dahin, alle diese An-
träge dem Vorstande der Weidenbuschversammlung zu über-
geben, damit derselbe mit Zuziehung noch einiger Mitglieder
der Versammlung sie erwäge und heute Abend in einer um
7 Uhr angeetzten Versammlung darüber Vorlage mache.

Frankfurt a. M., d. 23. April. Im Weidenbusch
hat man gestern Abend sich dahin vereinigt, der Discussion

heute ihren Fortgang zu lassen und alle etwa zu stellende An-
träge noch zu verschieben, um jede Ueberstürzung nach Mög-
lichkeit zu verhüten. Mitgetheilt ward die Nachricht, daß in
der zweiten Kammer zu Berlin der dritte Satz des Robber-
tus'schen Antrags angenommen sei. Von Stuttgart lief die
eigenthümliche Nachricht ein, es habe der Prinz Friedrich ohne
Wissen des dortigen Kriegsministers die im badischen Ober-
lande stehenden württembergischen Truppen zurückbefehligt, in-
dessen sei ihnen bereits durch den Kriegsminister der strengste
Gegenbefehl zugesendet worden. Also auch dort Kamarilla
hinter der Regierung? (D. B.)

Frankfurt a. M., d. 24. April. Die „Deutsche Btg.“
meldet: Herr Camphausen hat, wie es heißt, seine
Stelle als preussischer Bevollmächtigter niederge-
legt. Veranlassung dazu sind die neuesten Instruc-
tionen der Herren Manteuffel-Arnim.

Frankfurt a. M., d. 24. April. In der heutigen
205. Sitzung der Nationalversammlung wurde folgender Antrag
der Abgeordneten Wischer aus Lüdingen und Feyer unter
dem Beifalle der Versammlung fast einstimmig an-
genommen:

1) Die Nationalversammlung beschließt sofort: Die württem-
bergische Kammer der Abgeordneten insbesondere durch
ihren Beschluß vom 22. April, so wie das württembergi-
sche Volk überhaupt, entsprechen mit dem in den letzten
Tagen gezeigten entschiedenen Festhalten an der deutschen
Reichsversammlung den Erwartungen und dem Willen der
deutschen Nation.

2) Die Nationalversammlung setzt von dieser Erklärung durch
Vermittlung des Präsidiums genannter Kammer der Ab-
geordneten diese selbst so wie das württembergische Volk
überhaupt in Kenntniß.

Stuttgart, d. 22. April, Abends. Der heutige Nach-
mittag verlief ruhig; eine Versammlung der Jugend Stutt-
garts, so weit sie nicht bürgerwehrgeschäftig ist, rief eine Masse
Einheimischer und Fremden zusammen. Wir haben die Hoff-
nung auf eine friedliche Lösung nicht aufgegeben, in der deut-
schen Frage sind wir Alle eines und eines guten Rechts uns
bewußt, und appelliren getrost von der nicht gut unterrichteten
Krone an die besser unterrichtete. Der unendlich wichtige Ein-

fuß, den Württemberg auf das ganze übrige Deutschland aus-
üben wird, wenn es als das erste der Königreiche mit dem
deutschen Banner vorangeht, steht allen vor Augen.

Stuttgart, d. 23. April. Eine Extrabeilage zum „Schwä-
bischen Merkur“ enthält folgende

Proclamation:

„Württemberg! Seit 32 Jahren habe ich die Geschicke unseres ge-
meinschaftlichen Vaterlandes gelenkt, habe ich nur einen Gedanken, nur
eine Aufgabe, die Eurer steigenden Wohlfahrt und Zufriedenheit verfolgt!
In ernsten und guten Tagen habt Ihr mir vielfache Beweise Eures Ver-
trauens und Eurer Liebe gegeben, habt Ihr ein Beispiel von Eintracht
zwischen Fürst und Volk geliefert, welches der Ruhm des Landes bei unsern
Nachbarn und zugleich mein Stolz, so wie das beständige Ziel aller meiner
Regierungsmühen war. Württemberger, die Zeiten sind ernst, das Vater-
land, das gemeinschaftliche, wie das besondere, ist von vielen und großen
Gefahren bedroht. Mehr als je gilt es, daß wir fest und einträchtig Hand
in Hand gehen. Wie Ihr, will auch ich ein großes, einiges und starkes
Deutschland. Ich werde jedes Opfer freudig zu Gunsten eines so gemein-
nützigen Zieles bringen. Wo es das wahre Wohl des gemeinschaftlichen Va-
terlandes gilt, müssen alle Interessen, die großen wie die kleinen, schwei-
gen. Die Nationalversammlung hat das Verfassungswerk ihrerseits voll-
endet, allein Ihr wißt, daß zwischen ihr und den größeren Regierungen
Deutschlands zur Zeit noch eine Nichtverständigung über diesen hochwichtigen
Gegenstand besteht. Ich für meine Person habe eine solche Verwicklung in
keiner Weise herbeigeführt; da sie aber leider vorhanden ist, so gebieten
Klugheit und Vorsicht, so erheischen das wahre Wohl und eine gesicherte
Zukunft unseres Vaterlandes, daß wir die Entwicklung derselben mit Ruhe
und Zuversicht abwarten. Verlaßt Euch auf mein Fürstenthum, es ist we-
der für Euch, noch für Deutschland keinerlei Gefahr in einem solchen Ver-
zuge. Eine vor schnelle Entschlußnahme von unserer Seite würde im Ge-
gentheil die friedliche Lösung der Frage eher verhindern und verzögern, als
beenden und fördern. Dhnedies kann und wird die Ungewissheit darüber
nicht lange mehr andauern. Württemberger, vertraut Eurem Könige, der
es wohl mit Euch meint; mißtraut den Einflüssen und den Reden aller
Ergeizigen und aller Wähler, die sich selbst und Euch auf den Weg des
Verderbens führen würden. Es lebe die deutsche Einigkeit und die all-
seitig friedfertige, ruhige Lösung des Reichsverfassungswerkes. Wilhelm.“

München, d. 22. April. Ueber das Befinden des seit
einigen Tagen erkrankten Prinzen Karl von Baiern erschien
heute Vormittag folgendes Bulletin: „Se. königl. Hoh. haben
eine unruhige Nacht gehabt; die Zeichen der (Lungen)-Entzün-
dung haben sich gegen Morgen vermehrt.“ Gegen Mittag soll
einige Besserung in dem Befinden des Prinzen eingetreten sein.
— Eben höre ich noch, daß die definitive Erklärung der
bairischen Regierung auf die preussische Circularnote vom
3. April vorgestern von hier abgegangen ist; über den Inhalt
derselben verlautet indessen nicht das Geringste. Die Abfassung
dieser Erklärung soll eine der ersten Arbeiten des neuen Mini-
sters des Aeußern gewesen sein.

Braunschweig, d. 23. April. Ich kann auf das Be-
stimmteste versichern, daß vorgestern Mittag unser Ministerium
noch keine Ahnung von dem Schlage hatte, welcher der deut-
schen Sache von Berlin aus drohte, und daß derselbe unseren
Ministern eine äußerst verdrießliche Ueberraschung bereitet hat.
Die Stimmung, welche über dieses Ereigniß in Braunschweig
herrscht, geht am Klarsten aus einem in der heutigen Sitzung
der Kammer gefaßten Beschlusse hervor. Auf einen dringenden
Antrag des Abgeordneten Aronheim und Genossen sprach die
Kammer einstimmig aus, das Vaterland sei in Gefahr, und
ernannte die Mitglieder des Ausschusses zu einer permanenten
Kommission, welche die deutsche Sache zu überwachen und, im
Falle einer etwa beabsichtigten Vertagung oder Auflösung der
Kammer, aus eigener Nachvollkommenheit, weil das Vater-
land in Gefahr sei, die Kammer durch unmittelbare Wiederbe-
rufung zusammenhalten und eine Vertagung derselben dadurch
unmöglich machen sollte. Eine andere Folge ist, daß die, theil-
weis bisher einander feindlich gegenüber stehenden politischen
Bereine des ganzen Landes auf Anlaß jener Erklärung und der
durch sie hervorgerufenen ernstlichen Besorgnisse, wenn nicht sich
gänzlich vereinigen, so doch für jetzt zu gemeinsamen Handeln

zusammentreten, und daß die sämmtlichen Vereine im König-
reich Hannover, welche mit den Vereinen der Stadt Hannover
in Konnex stehen, ebenfalls mit den braunschweigischen Verei-
nen gemeinschaftliche Sache machen werden, zu welchem Zwecke
am nächsten Mittwoch bereits eine Versammlung von Abgeord-
neten dieser Vereine in Hannover stattfindet.

Braunschweig, d. 24. April. (Sitzung der Ab-
geordneten-Versammlung.) Vom herzogl. Staatsmini-
sterio ist ein Schreiben eingegangen, mit dem die von der Kam-
mer in der Sitzung vom 21. April beantragten gesetzlichen Be-
stimmungen, das Verhältniß der Reichsgesetzgebung zur Lan-
desgesetzgebung betreffend, als Gesetzesproposition überreicht
werden. Es heißt in jenem Schreiben: „Wir erklären wie-
derholt, daß Wir Abänderungen der von der Nationalversamm-
lung als endgültig beschlossenen und von der hiesigen Landes-
regierung anerkannten Verfassung auf anderem als dem verfas-
sungsmäßigen Wege nicht für zulässig halten und ihnen daher
entgegenwirken werden. Die Landesregierung ist seit Beginn
der Verhandlungen über die deutsche Verfassungsfrage der An-
sicht gewesen, daß die Verfassung eines Bundesstaates nur auf
zwei Wegen rechtlich möglich sei, nämlich entweder auf dem
jetzt betretenen, durch Beschlüsse der Nationalversammlung und
deren Anerkennung durch die Regierungen, oder falls sich der
Ausführung des Verfassungswerkes auf diesem Wege unüber-
windliche Schwierigkeiten entgegenstellen sollten, durch Verein-
barung der Regierungen unter Vorbehalt der Zustimmung der
Volksvertretung der einzelnen Staaten, und durch diese Zu-
stimmung, diesen Ansichten gemäß, ist der hiesige Bevollmäch-
tigte bei der Centralgewalt schon seit längerer Zeit instruit,
und die geehrte Versammlung wird daher hieraus ersehen, daß
die Landesregierung auch vor der an sie ergangenen Mahnung
den §. 8 des Landesgrundgesetzes nicht aus den Augen verloren
hat. Die beantragte Veröffentlichung der Reichsver-
fassung mit den Anzeigen ist bereits erfolgt. Wir sind
schließlich mit der geehrten Versammlung der Abgeordneten des
Landes darin einverstanden, daß der Augenblick ein gefahr-
drohender sei und zu raschem und entschiedenem Handeln mahne;
Wir sind zugleich aber der Ansicht, daß gerade in solchen Augen-
blicken die Bewahrung der schwersten politischen Tugenden,
nämlich der Besonnenheit und Mäßigung eine doppelte Pflicht
sei, und geben auch jetzt die Hoffnung nicht auf, daß wenn
überall diesen Grundsätzen nachgelebt wird, die Umgestaltung
Deutschlands zu einem Bundesstaate, die zu einer unabweisk-
lichen politischen Nothwendigkeit geworden ist, sich Bahn bre-
chen werde.“ (M. 3.)

Cuxhaven, d. 23. April. (pr. elekt.-magn. Telegr.)
Gestern ist eine Fulle von hier nach den dänischen Kriegsschif-
fen gewesen, mit einer Depesche von der holländischen Regie-
rung; der Inhalt ist, wie man meint, auf die Blokade bezug-
lich gewesen. Man sagt hier, daß die holländische Regierung
die Blokade nicht anerkennen will.

Auf den Düppeler Schanzen, d. 20. April. Die
bei der Einnahme der Düppeler Schanzen demontirten beiden
12pfündigen Kanonen und drei Munitionswagen wurden heute
den Dänen wieder abgenommen. Man hatte es schon die vor-
hergehende Nacht durch ein Bataillon Sachsen zu bewerkstelligen
gesucht; das Mißlingen mußte aber an der schlechten Ein-
leitung des Vorhabens liegen. Nun wurde gestern Abend der
hannoversche Oberstlieutenant Riefkugel mit seinem Bataillon
vom 5. Infanterie-Regimente dazu kommandirt, diese beiden
Geschütze den Dänen wieder abzunehmen, und durch seine vor-
treffliche Leitung gelang es vollkommen, sich der Verlorenen
wieder zu bemächtigen. Riefkugel hat hierbei eine große Umsicht

gezeigt
kein
Erhebl
Koldir
sere
Die d
preußi
cupirt.
dewitt
ger B
tation
übrige
hör se
werde.
Bomb
den. —
Batai
und
eine
des ge
taillon
die N
schen
griffen
von
Es fin
worden
zen K
kleiner
richte
Gegen
2 1/2
renpfe
dantur
Ein h
taillon
die U
gerfor
plaz.
richt
gebrau
worde
gimen
Man
aufge
Hader
hierhe
unser
Stadt
haben
taillon
Jusa
hätte
bald
word
auch
cadre
taillon
seine
Ausg

gezeigt; die Sache wurde um Mitternacht vorgenommen und kein Schuß ist dabei gefallen.

Altona, d. 23. April. Aus dem Norden ist heute von Erheblichkeit nichts mitzuthellen; das Hauptquartier ist nicht in Kolding, sondern resp. in Wonslyd und Christiansfeld. — Unsere Vorposten sollen 1 Meile nördlich von Kolding stehen. — Die dänischen Enclaven Riepen und Møgeltondern sind von preussischer Linien-Infanterie und bairischen Cheveaurlegers occupirt. — Von Reisenden jedoch, welche direkt aus dem Sundewittschen kommen, erfahren wir, daß die von den Sonderburger Bürgern nach Kopenhagen an den König entsandte Deputation bei ihrer Abreise noch nicht zurückgekehrt sei. Man glaubt übrigens, daß der König der Bitte dieser Deputation kein Gehör schenken und seine Truppen von Alsen nicht zurückziehen werde. Sollte dieses der Fall sein, so wird unsererseits das Bombardement gegen Sonderburg unabweisklich eröffnet werden. — Der Morgenzug beförderte nach Rendsburg: das 2. Bataillon des 1. kurhessischen Infanterie-Regiments, 800 Mann, und 2 Geschütze einer kurhessischen reitenden Batterie, so wie eine Abtheilung hannoverschen Train und die Quartiermacher des gestern Abend hier eingetroffenen Waldeck'schen Füsilier-Bataillons.

Altona, d. 24. April. Der heutige Bahnzug brachte die Nachricht, daß das Gros der dänischen Armee, welches zwischen Beile und Kolding konzentriert war, die Deutschen angegriffen, und die Schlacht beim Abgang des letzten Schreibens von Wonslyd gestern Nachmittag 3 $\frac{1}{2}$ Uhr noch heftig wüthete. Es sind bereits mehrere Verwundete nach Christiansfeld gebracht worden. Die Verschanzungen bei Düppel und längs der ganzen Küste gegen Alsen sollen so bedeutend werden, daß sie 100 kleinere und größere Geschütze fassen können.

Kiel, d. 24. April Morgens. Aus Hadersleben wird berichtet: Seit diesem Morgen ist eine heftige Kanonade aus der Gegend von Kolding her gehört worden. So eben Nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ Uhr kam hier eine Ordonnanz auf einem dänischen Husarenpferd angesprengt und begab sich sofort nach der Kommandantur. Die Nachricht, die er mitbringt, ist von Wichtigkeit. Ein heftiges Treffen findet nördlich von Kolding statt. 9 Bataillone dänischer Infanterie und 1 Schwadron Husaren haben die Unsrigen angegriffen, die ebenfalls 9 Bataillone und 2 Jägerkorps stark sind. Noch behaupten die Unsrigen den Kampfplatz. Der Kondukteur der Feldpost bringt so eben die Nachricht aus Christiansfeld, daß daselbst 26 dänische Husaren eingebracht sind. Mehrere Aerzte sind nach dem Norden requirirt worden, und auch dahin abgereist. Das dänische Husaren-Regiment soll bis auf die Gefangenen gänzlich aufgerieben sein. Man ist hier sehr gespannt auf das Nähere.

Mit großer Vorsicht müssen andere mündliche Mittheilungen aufgenommen werden, die auf Gerüchten und Hörensagen in Hadersleben beruhen und durch die Conducteure der Eisenbahn hierher gelangt sind. So viel scheint daraus hervorzugehen, daß unsere in Kolding liegenden Truppen auf der anderen Seite der Stadt einen heftigen Angriff der Dänen zu bestehen gehabt haben. Angeblich sind die Dänen bei diesem Angriff 8 Bataillone Infanterie und 4 Schwadronen Cavallerie, die als Husaren angegeben werden, stark gewesen; das 10. Bataillon hätte die Vorposten gehabt und wäre zuerst angegriffen, doch bald vom 9. Bataillon und dem 2. Jäger-Corps unterstützt worden, mit deren Hülfe der Feind so lange aufgehalten, bis auch das 1. Jägercorps herbeigekommen; dieses habe einer Escadron feindlicher Husaren, die einen Schock auf das 9. Bataillon gemacht, einen großen Verlust beigebracht, wobei ihm seine gedeckte Stellung zu gute gekommen. Von dem endlichen Ausgang des Gefechts erfährt man nichts; da aber auch von

einem Rückzuge nichts verlautet, der sich unter solchen Umständen bemerklich genug machen würde, so ist anzunehmen, daß unsere Truppen Kolding behauptet haben. Daß in der Richtung von Kolding ein Brand gesehen, muß man auch glauben; ob es aber in der Stadt selbst und gar bedeutend gebrannt, erscheint noch ungewiß. — Interessant und bedeutungsvoll würde, wenn es sich bestätigte, noch eine Post-Nachricht sein, die aus Christiansfeld vom 23. um 1 Uhr Mittags freilich nur gerüchtsweise gemeldet wird. Danach wäre der ganze übrige Theil unserer (Schleswig-Holsteinischen) Armee am Morgen desselben Tages über die Königekau gegangen und dabei gleich in ein Gefecht mit den Dänen gerathen, welche die Avantgarde mit Nachdruck angegriffen. Starkes Schießen hatte man schon in Christiansfeld am Morgen gehört und hörte man noch; dies konnte aber auch von Kolding kommen. (A. M.)

Dresden, d. 25. April. Seit heute Morgen ist allgemein das Gerücht verbreitet, daß das Ministerium seine Entlassung gegeben habe.

Stuttg., d. 21. April. In unserem Hoflager (ebenso wie in Wien an der Börse) macht die plötzliche Abberufung des englischen Gesandten von Wien ein ungeheures Aufsehen und man meint, es sei wegen der sardinischen Angelegenheiten zu Differenzen zwischen Oesterreich und England gekommen. Die eben hier abgehaltene Minister-Conferenz soll einestheils diesem wichtigen Gegenstand gegolten haben, anderentheils soll die Frage berathen worden sein: wie die ungarischen Verwickelungen auf die beste Weise zu lösen seien. Windischgrätz soll für eine friedliche Ausgleichung, Minister Bach für Fortsetzung des Krieges mit russischer Hülfe und Stadion für Weiterführung des Kampfes mit eigenen Kräften gestimmt haben. Letztere Ansicht soll den Sieg errungen haben. — Der russische Gesandte Graf Medem ist ebenfalls von hier abgereist und der Fürst Windischgrätz hat sich heute nach Böhmen begeben. Der Kaiser wird, so heißt es, am 4. Mai zu Schönbrunn sein Hoflager aufschlagen.

Wien, d. 22. April. Ein aus Pesth gestern hier angelangter Courier brachte die Nachricht, daß der 20. und 21. d. zum allgemeinen Angriff auf das magyarische Heer bestimmt sei.

Ungarn.

Pesth, d. 21. April. Die gegen Waizen hin abmarschirten pesther Lagertruppen hatten bei Neupesth und Umgebung eine großartige Refognosirung unternommen, waren gegen Abend aber in ihre Positionen wieder eingerückt. Den anderen Tag liefen sichere Nachrichten ein, daß Welden mit einem Theile seiner Armee bei Gran über die Donau gegangen sei. Von Schlachten wissen wir aber noch nichts zu erzählen. Die Truppen aus dem pesther Lager marschiren zum Theil nach Ofen hinüber und rücken dem Hauptquartier in Gran näher. Wir wissen nichts neues über diese neue Operation. Pesth ist der Gerüchte müde und seit mehreren Tagen sehr ruhig. Ein Flüchtling aus Siebenbürgen, welcher hier eben eintraf, erzählt, ein großer Theil des Nugentschen Corps rücke nach dem Banat, um General Puchner zu unterstützen. Die Russen stehen um Siebenbürgen herum auf dem Sprunge. Ihr Einmarsch dürfte bereits erfolgt sein. Die heutige „Pesther Zeitung“ sucht die Aufmerksamkeit der Regierung auf die nothwendige Maßregel hinzuweisen, daß die neuen Assignate auf die ungarischen Landes-Einkünfte auch in Wien in vollem Werth angenommen werden, da im entgegengesetzten Falle die bedenklichste Hemmung im Geld- und Waarenverkehr beider Städte entstehen müßte.

Ein Correspondent der „Schles. Z.“ schreibt: „Eingelaufenen Privatnachrichten zufolge, deren durchgängige Richtigkeit ich

übrigens nicht verbürgen will, ist es zu einem Zusammenstoße der Kaiserlichen mit den Insurgenten gekommen. So viel läßt sich ziemlich sicher entnehmen, daß wir nicht besonders im Vortheile geblieben sind. Frhr. v. Welden, heißt es, befand sich an der Spitze eines Reservecorps auf einer nächst Gran befindlichen Anhöhe, während der übrige Theil der Truppen, wahrscheinlich die vereinigten Corps von Jablonowsky und Simonich, in der Ebene zwischen Komorn und Gran sich ausbreiteten. Man scheint nicht vorbereitet gewesen zu sein, um sofort einen Kampf annehmen zu können. Plötzlich und im Sturm brachen von mehreren Seiten die Insurgenten in die Reihen der Unsrigen, welche sich wie Löwen wehrten. Allein bald trat eine allgemeine Verwirrung ein. 20 Kanonen und 2000 Mann fielen in die Hände der Insurgenten, und Welden soll sich mit seinem Reservecorps zurückgezogen haben." (Also genau das Gegentheil von dem, was von der „Const. 3.“ unter dem 20. Abends gemeldet war.)

Italien.

Vicenza, d. 13. April. Eben wird der Regierungsantritt Carl III. (des in London befindlichen Thronfolgers) nebst einem Regentschaftsrathe an die Straßenecken geschlagen.

In Marseille ist am 18. Abends, ein Dampfboot aus Sicilien, der Tancred, angekommen, welches jedoch keine weiteren Nachrichten aus Catania mitgebracht hat, als die früher schon mitgetheilten, daß Microslawski mit der zweiten Division der Stadt zu Hülfe gekommen, daß man sich schlage und der Sieg sich auf die Seite der Sicilianer zu wenden scheint.

Frankreich.

Paris, d. 20. April. Großes Aufsehen erregt folgender, von dem „Memorial bordelais“ veröffentlichte authentische Brief Ludwig Napoleon Bonaparte's an seinen Vetter Napoleon Bonaparte (Sohn Jerome's), der auf seiner Durchreise durch Bordeaux in einer Wahlversammlung geäußert hatte: „daß der Präsident der Republik, beherrscht von den Leitern der reactionären Bewegung, seinen eigenen Trieben nicht frei folgen könne; daß er, des Joches längst ungeduldig, bereit sei, es abzuschütteln, und daß man, um ihm zu Hülfe zu kommen, bei den bevorstehenden Wahlen eher Gegner des jetzigen Ministeriums, als Anhänger der gemäßigten Partei in die Nationalversammlung schicken müsse.“ Ludwig Napoleon Bonaparte schreibt mit Bezug auf diese Aeußerungen an seinen Vetter:

„Glysee National, den 10. April 1849. Lieber Vetter! Man behauptet, daß Du bei Deiner Durchreise durch Bordeaux eine Sprache geführt hast, welche geeignet ist, unter vielen von den besten Absichten besetzten Personen eine Spaltung hervorzurufen. Deine Beschuldigungen gegen mich können mich mit Recht in Erstaunen setzen. Du kennst mich genug, um zu wissen, daß ich mich niemals, von wem es auch sei, unterjochen lassen und stets bestrebt sein werde, im Interesse der Massen, und nicht in dem einer Partei zu regieren. Ich ehre die Männer, die vermöge ihrer Fähigkeiten und ihrer Erfahrung nur gute Rathschläge geben können; ich erhalte täglich die entgegengesetztesten Meinungsäußerungen, allein ich gehorche einzig und allein den Eingebungen meiner Vernunft und meines Herzens. Du hättest weniger als jeder Andere eine gemäßigte Politik bei mir tabeln dürfen, da Du mein Manifest mißbilligst, weil es nicht die volle Billigung der Leiter der gemäßigten Partei hatte. Dieses Manifest, von dem ich mich nicht entfernt habe, bleibt der gewissenhafte Ausdruck meiner Meinungen. Meine erste Pflicht war, das Land zu beruhigen. In der That, seit vier Monaten fährt es fort, sich mehr und mehr zu beruhigen. Jedem Tage seine Aufgabe; zuerst die Sicherheit und dann die Verbesserungen. Die bevorstehenden Wahlen werden zweifelsohne die Zeit der möglichen Reformen näher rücken, indem sie die Republik durch Ordnung und Mäßigung befestigen helfen. Alle ehemaligen Parteien zu vereinigen und zu versöhnen, muß das Ziel unserer Anstrengungen sein. Dies ist die an den großen Namen, den wir tragen, geknüpfte Sendung, die scheitern würde, wenn er zur Spaltung und nicht zur Vereinigung der Stützen der Regierung dienen sollte. Aus allen die-

sen Gründen kann ich Deine Kandidatur in etwa 20 Departements nicht billigen; denn bedenke es wohl, unter Deinem Namen will man gegen die Regierung feindselig gesinnte Kandidaten in die Versammlung bringen und ihre ergebenen Anhänger entmuthigen, indem man das Volk durch die vielen, neu vorzunehmenden Wahlen ermüdet. In Zukunft, lieber Vetter, wirst Du daher hoffentlich bemüht sein, die Personen, mit denen Du in Berührung kommst, über meine wahren Absichten aufzuklären, und Du wirst Dich hüten, durch unüberlegte Worte den abgeschmackten Verleumdungen Glauben zu verschaffen, die so weit gehen, zu behaupten, daß schmutzige Interessen meine Politik beherrschen. Nichts, ich wiederhole, es laut, wird die Klarheit meines Urtheils trüben und meine Entschlüsse erschüttern. Frei von jedem moralischen Zwange werde ich mit meinem Gewissen zum Führer auf dem Pfade der Ehre wandeln, und wenn ich von der Regierung abtreten werde, so werde ich wenigstens, wenn gleich man mir vielleicht ganz unvermeidliche Fehler wird vorwerfen können, gethan haben, was ich aufrichtig als meine Pflicht erkannte. Empfange, lieber Vetter, die Versicherung meiner Freundschaft. Louis Napoleon Bonaparte.“

Auch in Bordeaux hat dieser Brief großes Aufsehen erregt. Es heißt, daß der Wahlausschuß, der die Kandidatur des Veters des Präsidenten unterstützen wollte, sich auflösen und mit dem Wahlausschusse der rothen Republik verschmelzen wird.

Paris, d. 21. April. Die Nationalversammlung setzte in ihrer heutigen Sitzung die Berathung über das Cautionsgesetz fort und erhob dasselbe nach sehr stürmischer Debatte mit Hinzufügung einiger die Verbreitung von Druckchriften noch mehr beschränkender Amendements zum Beschluß.

Paris, d. 22. April. Unverbürgt heißt es heute, daß wegen des ungünstigen Eindruckes, den die Expedition nach Civita-Vecchia in England mache, und wegen der gesteigerten Forderungen Radezky's die einen neuen Conflict herbeiführen könnten, die beabsichtigte Einschreitung im Kirchenstaate von Seiten Frankreichs unterbleiben werde.

Magdeburg-Leipziger Eisenbahn.

A. Betriebs-Einnahmen:

- 1) vom 1. Jan. bis ult. October 1848 657,430 Rp 6 Jg 11 2
- 2) Im Monat November ejd. 68,624 = 15 = 6 =
gegen 75,275 Rp 19 Jg 11 2 pro 1847.
- 3) im Monat December ejd. 64,873 = 7 = 3 =
gegen 76,189 Rp 24 Jg 9 2 pro 1847.

in Summa 790,927 Rp 29 Jg 8 2

B. Personen-Frequenz:

- 1) vom 1. Jan. bis ult. October 1848 . 615,886 Personen.
- 2) im Monat November ejd. 59,628 =
gegen 50,626 Personen pro 1847.
- 3) im Monat December ejd. 49,981 =
gegen 57,165 Personen pro 1847.

in Summa 725,495 Personen.

C. Fracht- und Eilgüter-Verkehr:

- 1) vom 1. Jan. bis ult. October 1848 1,775,143 Centner.
- 2) im Monat November ejd. 277,846 1/4 =
gegen 282,579 Centner pro 1847.
- 3) im Monat December ejd. 241,199 1/2 =
gegen 275,103 3/4 Centner pro 1847.

in Summa 2,294,188 3/4 Centner.

Deutsche National-Versammlung.

Frankfurt, d. 23. April.

Auf der Ministerbank: Reichsministerpräsident v. Gagern, Kriegsminister v. Peucker, Justizminister R. Mohl, Unterstaatssecretär Was-



fermann. — Nach einigen Worten des Dankes, welche der heute zum ersten Male in der Versammlung erschienene neuerdings gewählte Vorsitzende G. Simson an das Haus gerichtet, beginnt derselbe die Leitung der Geschäfte. Zustimmungsadressen zur deutschen Verfassung sind geschickt von dem Landtage zu Schwarzburg-Rudolstadt, der Kassauer Abgeordnetenkammer und der Landesversammlung in Schleswig-Holstein. — Abg. Vogt fragt das Reichsministerium, ob es wahr sei, daß das preussische Ministerium gegen den Einmarsch der deutschen Reichstruppen nach Jütland protestirt habe. Ministerpräsident v. Gagern erklärt, daß von Seiten des preussischen Ministeriums keine solche Verwahrung erfolgt sei, sondern daß dasselbe vollkommen mit dem Reichsministerium darin einverstanden sei, daß der Krieg gegen Dänemark auf die energischste Weise offensiv fortgeführt werde. (Bravo.) Abg. Simon von Trier fragt das Reichsministerium, auf weissen Befehl und zu welchem Zwecke die württembergischen Reichstruppen aus Baden zurückgezogen wurden. Reichskriegsminister v. Peucker erklärt, daß dieser Befehl nicht vom Reichsministerium ertheilt, die Vornahme dieser Maßregel auch nicht dem Ministerium bekannt gegeben worden. Das Reichskriegsministerium hat letzten Sonnabend eine Anfrage um Aufklärung über den Thatbestand abgeschickt. (Bravo.) Der Vorsitzende verliest hierauf einen Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Grävell, dahin gehend, daß die österreichischen Abgeordneten sich an den Verhandlungen der Nationalversammlung auf so lange nicht betheiligen, als Deutschösterreich nicht wieder thatsächlich unter der Hoheit des deutschen Bundesstaats steht. Denjenigen von ihnen, welche als Subörrer der Nationalversammlung verbleiben wollen, sollen in Anerkennung der gleichen Nationalität abgeforderte Ehrenplätze angewiesen werden. (Der Antrag wird von der Linken mit Zeichen des Unwillens aufgenommen.) Die Dringlichkeit wird demselben nicht zuerkannt. Nur die Linke erhebt sich dafür. Die Abgg. Lette, Schwarzenberg, Sevefolt berathen im Namen ihres Ausschusses.

Der Vorsitzende verkündet hierauf den Uebergang zur Tagesordnung. Es wird zum ersten Gegenstande geschritten. Die Stimmzettel werden eingesammelt. Der Vorsitzende verkündet hierauf den Uebergang zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung. — Die Anträge der Majorität und der Minoritäten sind folgende:

Antrag der Majorität des Ausschusses:

1) Die Reichsversammlung erklärt, in Uebereinstimmung mit ihrer nach Berlin gesandten Deputation, daß die Annahme der durch die verfassunggebende Reichsversammlung dem Könige von Preußen übertragenen Würde des Reichsoberhauptes die Anerkennung der Reichsverfassung voraussetze. 2) Die Reichsversammlung beschließt: Die preussische Regierung, sowie die übrigen deutschen Regierungen, welche die Annahme der von der Reichsversammlung beschlossenen und verkündeten Verfassung noch nicht erklärt haben, sind aufzufordern, ihre Anerkennung derselben nunmehr auszusprechen; und erklärt: daß zugleich mit der Anerkennung der Reichsverfassung seitens der preussischen Regierung die Uebertragung der Würde des Reichsoberhauptes an den König von Preußen in Wirksamkeit tritt. 3) Sie beschließt, die provisorische Centralgewalt aufzufordern, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung der Verfassung mitzuwirken. 4) Der erwählte Ausschuss bleibt bestehen, um je nach Lage der Dinge weitere Maßnahmen zu berathen und der Reichsversammlung vorzuschlagen.

Minoritätsberichten I. I. Die Nationalversammlung erklärt in Folge der Antwort Friedrich Wilhelms IV. die auf ihn gefallene Wahl zum Kaiser der Deutschen für erledigt. II. Zur Vollziehung der Reichsverfassung beschließt demnächst die Nationalversammlung: „1) Sie wählt durch absolute Majorität aus ihrem Schoße eine Regentschaft von fünf Mitgliedern; 2) der Regentschaft stehen alle verfassungsmäßigen Befugnisse des Kaisers zu; 3) die Regentschaft ist gehalten, den verfassungsmäßigen Reichstag auf Grund der Reichsverfassung und des Wahlgesetzes auf den 1. Juli 1849 nach Frankfurt a. M. einzuberufen; 4) der Reichstag wählt in gemeinsamer Sitzung beider Häuser den Kaiser mit absoluter Stimmenmehrheit; 5) die Regentschaft hat auf Grund der §§. 14, 191, 193 der Verfassung ungesäumt die ganze bewaffnete Macht einschließlich der Bürgerwehren, sowie sämtliche Beamte des Reiches und der Einzelstaaten auf die Verfassung vereidigen zu lassen; 6) die Regentschaft hat für die unverzügliche Aufstellung einer zum Schutze der Nationalversammlung und zur Durchführung der Verfassung erforderlichen bewaffneten Macht Sorge zu tragen; 7) die Nationalversammlung fordert die Volksvertretungen der Einzelstaaten auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Durchführung der Reichsverfassung zu unterstützen; 8) die Nationalversammlung beschließt, das deutsche Volk durch einen Aufruf zur thatkräftigen Durchführung der Reichsverfassung aufzufordern, und beauftragt den Ausschuss mit der desfalligen Vorlage.“ Frankfurt a. M., den 14. April 1849. Simon von Trier. Eisenkud. Vogt. Spag. Hagen. Tafel von Stuttgart. Tafel von Zweibrücken. Fehrenbach.

Minoritätsberichten II. 1) Die Nationalversammlung genehmigt die von ihrer Deputation nach dem Empfang der Antwort des Königs von Preußen an das preussische Ministerium abgegebene Erklärung, als der Lage der Sache vor Erlassung der Circularnote vom 3. April 1849 vollkommen angemessen; 2) sie erklärt, unter gehöriger Berücksichtigung des Gesetzes vom 28. Juni 1848 sofort zur Verwirklichung der Verfassung zu schreiten; 3) sie beauftragt demgemäß die Centralgewalt, die Wahlen zum ersten Reichstage in der Art auszusprechen, daß die Eröffnung desselben am 1. Juli 1849 stattfinden kann; 4) sie beauftragt ferner die Centralgewalt, sämtliche Regierungen aufzufordern, das Heer, die Bürgerwehr und die Beamten auf die Reichsverfassung beidigen zu lassen; 5) sie beschließt, einen Aufruf an das deutsche Volk zu erlassen, in welchem dasselbe aufgefordert wird, unverbrüchlich an der von der Nationalversammlung endgiltig festgestellten Verfassung festzuhalten; 6) sie beauftragt endlich ihren Ausschuss: a) mit dem Vorschlage aller weiteren Maßregeln, welche durch Renitenz einzelner Regierungen gegen den Vollzug der Verfassung, sowie zur Durchführung der Verfassung überhaupt notwendig werden können; b) zu dem Ende nöthigenfalls in directen Beziehungen mit der Centralgewalt zu treten; — und setzt schließlich die Sitzung vom 24. I. Monats fest, in welcher über die Vorschläge sub a weiter verhandelt werden soll. Raveaur. Umbshreden. Engel. Fröbel. v. Widenbrugk. Eventuell: Voigt. Fehrenbach. Eisenkud. Simon von Trier. Spag. Hagen. Tafel von Stuttgart. Tafel von Zweibrücken.

Sondergutachten. In Erwägung, daß: 1) was die Frage in Betreff der Deutung der Antwort Sr. Maj. des Königs von Preußen an die Deputation der Reichsversammlung betrifft, in wenigen Tagen eine Erklärung der königl. preussischen Regierung zu erwarten steht, welche als authentische Interpretation entscheidend sein wird; — 2) was die Durchführung der Verfassung anbelangt, die Mehrzahl der deutschen Regierungen die Verfassung bereits unbedingt anerkannt hat, die Erklärungen der übrigen Regierungen aber in kürzester Frist zu erwarten sind; daß aber, wenn die Anerkennung der Verfassung von Seiten sämtlicher Regierungen erfolgen sollte, es weiterer Maßregeln zur Durchführung derselben seitens der Reichsversammlung nicht bedarf: setzt die Reichsversammlung ihre Beschlußnahme über den Bericht der Deputation, sowie über die etwa zur Durchführung der Verfassung notwendig werdenden Maßregeln bis dahin aus, daß die Erklärung der königl. preussischen Regierung und der sonst noch mit ihren Erklärungen über die Verfassung in Rückstand befindlichen Regierungen eingegangen sein werden. Detmold. Reichensperger.

Außer den Ausschusserachten sind noch mehrere Anträge eingereicht. Abg. Grävell will, daß dem Könige eine preemtorische Frist bis zum 28. d. M. gegeben und daß alsdann der Bericht des Ausschusses in Berathung gezogen werde. Der Abg. Hermann Müller beantragt die am 28. März und 11. April gefassten Beschlüsse seien außer Kraft zu setzen, die Erklärungen der Einzelregierungen seien einzuholen, ein Ausschuss von 30 Mitgliedern zur Revision der Verfassung sei niederzusetzen und habe bis zum 14. Mai zu berichten. (Heiterkeit.) Abg. v. Dieckau beantragt neuerdings seinen Präsidenten. Abg. M. Mohl und 29 Andere beantragen, daß die Nationalversammlung beschließe: die Nationalversammlung genehmige die Erklärung ihrer Deputation, dieselbe beauftrage ihren Ausschuss, Vorschläge zur Durchführung der Verfassung zu machen. Abg. Schulz von Darmstadt: Diejenigen Fürsten, welche bis zu einer bestimmten Frist ihre Zustimmung zu der Verfassung nicht gegeben, sollen ihrer Würde verlustig erklärt werden. (Bravo links.) Die Versammlung wähle einen Vollziehungsausschuss aus ihren Mitgliedern von 5 Gliedern. Ferner wurde das Ministerium beauftragt, ein vorläufiges Anlehen von 5 Millionen zu machen, die bewaffnete Macht werde unverzüglich auf die Verfassung beidigt, die jungen Männer vom 18. bis zum 25. Jahr treten sogleich unter Waffen, die Offiziere erhalten Kriegszulage, Amnestie allen politischen Verbrechern wird ertheilt. Diese Verbesserungs- und Zusaganträge sollen an den Ausschuss zur Berichterstattung verwiesen werden. (Schluss folgt.)

Fonds- und Geld-Cours.
Berlin, den 25. April.

	3f.	Pris.	Geld.		3f.	Pris.	Geld.
Pr. Freiv. Anl.	5	102 1/4	101 3/4	Pomm. Pfndbr.	3 1/2	—	92
St. Schuldch.	3 1/2	80 1/4	79 3/4	R. = u. Nm. do.	3 1/2	93 1/2	93
Sech. Pr. = Sch.	—	100 3/8	100 1/8	Schlesische do.	3 1/2	—	—
Kur = u. Neum.	—	—	—	do. Lit. B. ga-	—	—	—
Schuldversch.	3 1/2	—	—	rant. do.	3 1/2	—	—
Brl. Stadt-Dbl.	5	98 3/4	—	Pr. Hf. = A. = Sch.	—	89	88
do. do.	3 1/2	—	—				
Wstpr. Pfandbr.	3 1/2	86 1/4	85 3/4	Friedrichsd'or	—	137 1/2	131 1/2
Großh. Pos. do.	4	—	96 1/8	And. Goldm. a	—	12 11/12	12 5/12
do. do.	3 1/2	80 1/2	80	5 f	—	—	—
Dstpr. Pfandbr.	3 1/2	—	89 3/4	Disconto	—	—	—

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Sf.	Prioritäts-Actien.	Sf.
Brl. Anh. Lit. A. B.	4 78 G.	Berl.-Anhalt	4 87 B.
do. Hamb.	4 53 G.	do. Hambg.	4 1/2 91 1/2 B.
do. St.-Stat.	4 87 G.	do. II. Serie	4 1/2 —
do. Potsd.-M.	4 54 G.	do. Potsd.-M.	4 84 B.
Magd.-Plbst.	4 113 B. u. G.	do. do.	5 94 B.
do. Leipziger	4 —	do. Stettiner	5 102 1/2 G.
Halle = Thür.	4 50 B. 49 3/4 G.	Magd. = Leipz.	4 —
Cöln = Mind.	3 1/2 77 B. 76 3/4 G.	Halle = Thür.	4 1/2 86 1/4 B.
do. Nachen	4 47 B.	Cöln = Mind.	4 1/2 93 B.
Bonn = Cöln	5 103 G.	Rh.v. St.gar.	3 1/2 —
Düsseldorf-Glf.	4 —	do. I. Priorität	4 —
Steele. Bohw.	4 —	do. St. = Pr.	4 —
Rschl.-Märk.	3 1/2 73 B.	Düsseldorf-Glf.	4 —
do. Zweigbhn.	4 —	Mühl.-Märk.	4 86 1/2 B. u. B.
Dbschl. L. A.	3 1/2 92 3/8 G.	do. do.	5 99 B. u. B.
do. Lit B.	3 1/2 92 3/8 G.	do. III. Serie	5 94 B.
Cosel-Derb.	4 —	do. Zweigbhn.	1 1/3 —
Bresl. Freib.	4 78 G.	do. do.	5 78 1/2 B.
Krat.-Dbschl.	4 34 1/2 G.	Oberschl.	4 —
Berg.-Märk.	4 54 1/4 G.	Krat.-Dbschl.	4 70 B.
Starg. = Pof.	3 1/2 72 B. 71 3/4 G.	Cosel-Derb.	5 —
Brieg-Neiffe	4 —	Steele. Bohw.	5 58 G.
Magd.-Wirtb.	4 —	do. II. Serie	5 —
Quitt. = B.	4 —	Bresl. = Freib.	4 —
Nach. = Raffr.	4 —	Berg. = Märk.	4 97 G.
Ausl. Ob.	4 —	Ausländische Stamm-Actien.	4 —
Fr. = B. = Ndb.	4 34 1/2 à 1/4 B.	Leipz. = Dresd.	4 —
do. Priorit.	5 92 B.	Leubw. = Verb.	4 —
		24 Fl.	4 —
		Riel.-Alt. Sp.	4 90 G.
		Amst. = R. Fl.	4 —
		Medlb. Thlr.	4 32 G.

Leipzig, den 25. April.

Staatspapiere.	Angeboten.	Gesucht.	Staatspapiere. Actien excl. Zinf.	Angeboten.	Gesucht.
Königlich sächsische Staats-Papiere à 3 % im 14. J. von 1000 u. 500 f. kleinere.	—	79 1/4	Chemn.-R.-Eisenb. = Ant. à 10 f. 4 %	—	—
à 4 1/2 % do. do. v. 500 f. do. do. v. 500 u. 200 à 5 %.	—	88 3/8	R. pr. St. = Schuldscheine à 3 1/2 % in pr. Ct. pr. 100	80 1/2	—
do. do. kleinere	—	102 7/8	R. f. österreich. Met. pr. 150 fl. Conv. à 5 % lauf. Zinsen à 4 % à 103 % im à 3 % 14. J.	—	—
Königl. sächs. Landrentenbriefe à 3 1/2 % im 14. J. v. 1000 u. 500 f. kleinere	—	83 1/4	Pr. Fred'or à 5 f. idem auf 100	—	—
Act. d. eh. sächs. = bair. C. = G. bis Mich. 1855 à 4 % v. 100 f.	78 1/4	—	And. ausl. Louisd'or à 5 f. nach geringstem Ausmünzfuß auf 100	—	12 3/4
Königl. pr. Steuer-Credit-Kassensch. à 3 % im 20. J. v. 1000 u. 500 f. kleinere	79 1/4	—	Conv. = Spec. u. Eld. auf 100	—	2 1/2
Leipz. Stadt = Obligationen à 3 % im 14. J. v. 1000 u. 500 f. kleinere	—	—	idem 10 u. 20 R. auf 100	—	—
Sächs. erbl. Pfandbriefe à 3 1/2 % von 500	—	83	Actien der B. = B. pr. St. à 103 %	—	—
von 100 u. 25	—	—	Leipz. Bank = Actien à 250 f. pr. 100	142 1/2	—
Sächs. lauf. Pfandbriefe à 3 %	80 1/4	—	Epz. = Dresd. Eisenbahn-Act. à 100 f. pr. 400	95	—
Sächs. do. do. à 3 1/2 %	—	90	Sächs. = Schlef. do. pr. 100	—	73 1/4
do. do. à 4 %	—	99 1/2	Chemn. = Rief. do. pr. 100	—	19 1/2
Epz. = Dresd. = Eisenb. P. = Obl. à 3 1/2 %	—	98 1/4	Leubau = Zitt. do. pr. 100	14	—
			Magdeb. = Leipz. do. pr. 100	168 1/2	—

Getreidepreise.

(Nach Berliner Scheffel und preuß. Gulde.)

Magdeburg, den 25. April. (Nach Wispein.)

Weizen:	47	—	52 1/2 f	Gerste	22	—	24 f
Roggen	—	26	—	Hafer	13 1/2	—	16 1/2 f

Berlin, den 25. April.

Weizen nach Qualität 56—60 f.

Roggen loco 24 1/2—26 f.

- = schwimmend 86 pfd. 24—26 1/2 f.
- = pr. Frühjahr 82 pfd. 24 3/4 f Br., 24 1/2 G.
- = Mai/Juni 24 1/2 f Br., 24 1/4 B. u. G.
- = Juni/Juli 25 1/2 f Br., 24 1/4 G.
- = Juli/August 26 1/2 f Br., 26 G.
- = Sept./Octbr. 28 f Br., 27 1/2 G.

Gerste, große, loco 21—22 f.

= kleine 18—19 f.

Hafer loco nach Qualität 14—15 f.

- = pr. Frühjahr 48 pfd. 13 1/2 f Br.

Rübsöl loco 14 1/4 f Br., 14 1/8 G.

- = pr. April 14 1/4 f Br., 14 1/8 G.
- = April/Mai 14 f Br., 13 7/8 G.
- = Mai/Juni 13 3/4 f Br., 13 2/3 G.
- = Juni/Juli 13 1/2 f Br., 13 1/3 G.
- = Juli/August 13 1/4 f Br., 13 1/8 G.
- = Aug./Sept. 13 f Br., 12 7/8 G.
- = Sept./Oct. 12 3/4 f Br., 12 2/3 G.
- = Octbr./Novbr. 12 1/2 f Br., 12 1/2 G.

Feinöl loco 11 1/2 f Br.

- = April/Mai-Lieferung 10 2/3 f Br., 10 1/2 G.

Spiritus loco ohne Faß 14 1/2 à 1 1/8 f B.

- = April/Mai 14 1/8 f Br., 14 1/12 G.
- = Mai/Juni 14 1/4 f Br., 14 1/8 G.
- = Juni/Juli 14 1/2 f Br., 14 2/3 G.
- = Juli/August 15 1/2 f Br., 15 1/3 G.
- = August/Sept. 16 f Br., 15 2/3 G.

Wasserstand der Saale bei Halle

am 25. April Abends 6 Uhr am Unterpegel 9 Fuß 6 Zoll.
am 26. April Morgens 6 Uhr am Unterpegel 9 Fuß 6 Zoll.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg

am 25. April Nr. 7 und 3 Zoll.

Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 25. bis 26. April.

Im Kronprinzen: Hr. Bau-Inspr. Kawerau a. Münster. Die Hrn. Kaufl. Drensfurth a. Manchester, Bergfeld a. Breslau, Meyer a. Weimar. Hr. Stud. Plasmann a. Mecklenburg. Hr. Partik. v. Thielen a. Köln.

Stadt Zürich: Hr. Lehrer Geisler a. Weisensfeld. Hr. Gastgeber Dorrier a. Raumburg. Hr. Amtm. Roth a. Trebnitz. Die Hrn. Kaufl. Erdmann a. Bremen, Lederer a. Lüneburg. Die Hrn. Partik. Cood a. Hamburg, v. Morgenstern a. Glogau.

Goldnen Ring: Hr. Amtm. Neubauer a. Petersrode. Die Hrn. Amtl. Hempel a. Cirau, Kranz a. Penig. Hr. Prediger Müller a. Neugatterstedt. Die Hrn. Cand. Schauer a. Brandenburg, Kofke a. Brieg.

Englischer Hof: Die Hrn. Kaufl. Richters a. Magdeburg, Berthold a. Frankfurt, Schulze a. Eisenach.

Goldnen Löwen: Die Hrn. Kaufl. Schütte a. Hamburg, Sachs a. Magdeburg, Bischof a. Berlin. Hr. Goldarbeiter Spizner a. Goschütz. Hr. Fabrik. Barnack a. Torgau. Hr. Brauereibes. Stofch a. Alstedt. Hr. Pfarrer Huth a. Dberghau.

Stadt Hamburg: Hr. Gutshf. Nordmann a. Berlin. Die Hrn. Kaufl. Bilstein a. Frankfurt, Rosenberg a. Magdeburg, Stegmann a. Nordhaußen, Heising a. Kassel. Hr. Rechts-Anwalt Stronn a. Dsnabrück. Hr. Stud. Deigner a. Heidelberg.

Schwarzen Bär: Die Hrn. Kaufl. Hermann a. Ingolstadt, Schröder a. Riegnitz. Hr. Kunsthdler. Kramer a. Koblenz. Hr. Fabrik. Dietrichs a. Kronach.

Goldne Kugel: Die Hrn. Kaufl. Otto a. Weisensfeld, Sintonis a. Magdeburg, Jünger a. Berlin. Hr. Rentier Erasmus a. Berlin. Hr. Deton. Laue a. Jägerndorf. Hr. Schauspiel. Dir. Monhaupt a. Egeln.

Bekanntmachungen.

Durch unsere, im 14. Stück des Amtsblatts pro 1849 Seite 86, 87 abgedruckte Bekanntmachung vom 3. d. Mts., die Ausreichung der Schuldverschreibungen über die freiwillige Staatsanleihe betreffend, haben wir diejenigen Einzahler, welche diese Schuldverschreibungen noch nicht in Empfang genommen haben, dringend veranlaßt, sich dieserhalb bei den betreffenden Specialkassen zu melden.

Mit Bezugnahme darauf lassen wir diese Erinnerung auch hierdurch mit dem Beifügen ergehen, daß es im Interesse sowohl der betreffenden Kassen, als der Einzahler selbst, sehr wünschenswert erscheint, daß das fragliche Ausreichungsgeschäft möglichst bald geschlossen werde.

Merseburg, den 20. April 1849.

Königliche Regierung.
Henkel.

Der Wollmarkt in Dessau wird in diesem Jahre Donnerstag und Freitag den 14. und den 15. Juni abgehalten.

Zur Bequemlichkeit der Woll-Produzenten und Einkäufer sind die frühern Einrichtungen für dieses Jahr ebenfalls angeordnet, auch haben die Hebestellen des Landes wegen der Chaussee- und Brückgeldfreiheit während dieser Tage bereits Instruction erhalten.

Dessau, den 21. April 1849.

Herzogl. Anhalt. Regierung.
Abtheilung des Innern.
Plösz.

Verkauf. Da die von uns am 16. d. M. in Buttstädt beabsichtigte Auktion der Tümpfinger Zucht-Stähre durch allzuübelle Witterung und grundlose Wege, die den Transport verhinderten, nicht abgehalten werden konnte, so wollen wir hiermit einen andern Versteigerungs-Termin zu dem auf den 11. Juni d. J. fallenden Wollmarkte zu Weimar unwiderlich festsetzen, wobei wir noch bemerken, daß die Stähre (circa 50 Stück) sämmtlich mit der Wolle verkauft werden.

Tümpfing, d. 20. April 1849.

Bogt & Comp.

Ein mit guten Zeugnissen versehener Hausknecht sucht einen Dienst. Derselbige hat schon mehrere Jahre in großen Häusern conditionirt, und kann auch auf Verlangen Caution stellen. Frankirte Offerten mit K. T. bezeichnet, bittet man in der Expedition des Couriers niederzulegen.

Saamen-Dötter ist zu haben in der Mühle bei Schochwitz.

So eben ist erschienen:

Dr. J. F. Th. Wohlfarth (F. S. Kirchenrath) Würdigung und Beleuchtung einer soeben bei Kollmann in Leipzig unter dem Titel: Enthüllungen über die wirkliche

Todesart Jesu

erschienenen Schrift. Gr. 8. Geheftet. 15 Sgr.

Je mehr bei dem, sich jetzt auf kirchlichem Gebiete vorbereitenden Gährungsprozeß zu befürchten ist, daß durch diese angebl. Enthüllungen Viele in ihrem Glauben irre, Viele in ihrem Unglauben bestärkt werden könnten, um so mehr ist, namentlich aus der Feder des für evangelische Wahrheit begeisterten Opponenten — Zurückweisung jener, allen Grundes entbehrenden Angaben — ein Wort zur rechten Zeit, welches Allen, denen ihr Christenglaube eine heilige Angelegenheit ist, zur weitern Verbreitung empfohlen wird.

Zu haben in der Schwetschke'schen Sort.-Buchh. (Pfeffer) in Halle.

Constitutioneller Verein des Saalkreises.

Mittwoch den 2. Mai Nachmittags 2 Uhr Sitzung in Beidersee.

An alle geehrten Landwirthe.

Bedeutende Vermehrung und Verbesserung des Ertrags der Feldfrüchte, bei Samenerparung, durch zuverlässige, einfache und wohlfeile Behandlung des Samens. — Anweisung dazu nach den Erfahrungen eines industriellen Gutsbesizers gebe ich gegen portofreie Einsendung von 2 Rthl.

Leipzig, im April.

vormaliger Def.: Insp. u. Prof. der Landwirtschaft,
Herausgeber der Allg. Zeitung für Land-
u. Forstwirthe u.

Adresse:

An Moritz Beyer
in Leipzig.

Nußholz-Auction.

Donnerstag den 3. Mai c. von Morgens 8 Uhr an sollen die auf dem Gräfl. v. d. Schulenburg'schen Schläge liegenden Nußhölzer, bestehend in circa

54 Stück eichnen

11 = rothbuchen

75 = birken

44 = aspnen

unter den im Termine bekannt zu machenden Bedingungen öffentlich an Ort und Stelle versteigert werden. Vorläufig ist nur zu bemerken, daß unbekannte Käufer $\frac{1}{3}$ der Kaufsumme nach beendigtem Termine anzuzahlen haben.

Closter Roda, d. 25. April 1849.

Der Förster Kieser.

Die auf Gegenseitigkeit gegründete

Hagelschäden-Vericherungs-Gesellschaft in Erfurt

übernimmt auch in diesem Jahre Versicherungen gegen Hagelschäden zu nachstehenden Prämiensätzen:

$\frac{2}{3}$ % für Halm- und Hackfrüchte,

$1\frac{1}{6}$ % = Hülsen-, Del- und Handelsgewächse,

$1\frac{1}{3}$ % = Lein, Hanf, Mohn und Gartengewächse,

2 % = Obst und Wein,

$2\frac{1}{2}$ % = Hopfen und Taback.

Indem ich das landwirthschaftliche Publikum zu recht zahlreicher Benutzung dieses gemeinnützigen Instituts einlade, erkläre ich mich bereit, Versicherungs-Anträge entgegen zu nehmen und die erforderliche Auskunft zu ertheilen.

Statuten und Antragsformulare können bei mir stets in Empfang genommen werden.

Wettin a/S., im April 1849.

Theodor Schreiber,
Agent.

Ein Haus mit 2 Stuben, 3 Kammern, 1 Küche und kleinem Hof steht zu verkaufen; das Nähere Glaucha Nr. 1737. Engelhardt Heinicke in Wettin.

Mühlenverkauf.

Ein großes Mühlengrundstück, unmittelbar an einer lebhaften Stadt in milder und fruchtbarer Gegend Sachsens romantisch gelegen, soll ertheilungshalber aus freier Hand verkauft werden. Es hat 4 Mahl- und 1 Graupengang, Del-, Schneide- und Papiermühle, sehr geräumige massive Gebäude, letztere sind mit 13,400 \mathcal{R} abgeschätzt, ferner circa 40 Acker anstoßende Ländereien. Die Größe und rühmenswerthe Ausdauer der Wasserkraft, die vortheilhafte Lage sämtlicher Werke verdienen gleiche Beachtung. An Vieh: 4 Pferde, 14 Stück Melkkühe u. a. m. — Forderung 28,000 \mathcal{R} mit $\frac{1}{3}$ Theil Anzahlung. — Desfallsige Anfragen sind franco unter Chiffre C. C. Nr. 70 poste restante Leipzig niederzulegen.

Bei Hoffmann & Campe in Hamburg sind erschienen und in allen Buchhandlungen zu bekommen in Halle in der Kummel'schen Sort.-Buchh., in Cönnern bei A. Löffler:

Spezialkarte von Holstein à 25 Sgr.,
 : : **Nord-Schleswig**
 : : **Süd-Schleswig** à 9 Sgr.
 : : **Jütland**

Diese auf trigonometrischen Vermessungen beruhenden Karten sind die genauesten und besten von allen im deutschen Buchhandel erschienenen.

Große Auction von ächtem Porzellan.

Mittwoch d. 16. Mai u. folg. Tage hindurch, jedes Mal von 8 $\frac{1}{2}$ Uhr u. Nachmitt. von 2 Uhr ab, soll gr. Ulrichsstr. Nr. 20 eine gr. Partie Porzellan, bestehend in glatten u. barocken Kaffee- u. Theegeeschirren, Kaffee- u. Bouillon-Tassen, Terrinen, Schüsseln, Salatiere, Tellern, Töpfen, Kuchenkörben, Cabarets u. dgl. m. meistbietend gegen gleich baare Zahlung verkauft werden.

F. H. Brandt, Auct.-Commiss. u. Taxator.

Von Johannis d. J. ab soll das Rittergut Cösig bei Radegast auf 12 Jahre cessionweise verpachtet werden. Das Gut enthält circa 1050 Morgen Waizenboden, eine Brennerei, Brauerei und Ziegelei nebst vollständigem Wirtschaftsinventarium und vorzüglichen Wohn- u. Wirtschaftsgebäuden.

Hierauf Reflektirende haben sich bei Unterzeichnetem baldigst zu melden, und können daselbst die näheren Bedingungen erfahren.

Cöthen, den 25. April 1849.

v. Bramigk I., Advokat.

Frisch gebrannter Kalk Montag d. 30. und Donnerstag den 3. bei Lieskau u. in Halle beim Maurermeister Stengel.

Der Wiederbringer einer verloren gegangenen Ohrbommel, mit 4 Silasteinen, erhält in der Brüderstraße Nr. 202 eine Treppe hoch eine Belohnung.

Bekanntmachung.

Das Fahren über die bei Zappendorf über die Salzge führende Brücke wird wegen des sehr defekten Zustandes derselben hiedurch untersagt.

Zappendorf, d. 23. April 1849.

Die Ortsbehörde.

Es wird ein Hülflehrer für den Elementarunterricht in einer Volksschule gesucht; am liebsten ein solcher, der unter vortheilhaftesten Bedingungen hier Gelegenheit findet, sich zum Seminar vorzubereiten. Darauf Reflektirende mögen ihre Adressen unter Chiffre E. Z. in der Expedition des Couriers abgeben.

Der Landgesellenverein von Maurer und Zimmerleuten tritt Sonntag, als den 6. Mai, Nachmittags 1 Uhr in Gröllwitz auf der Bergchenke wieder zusammen, um in seinen Sitzungen weiter fortzufahren. Es werden daher alle Ortsbehörden nochmals dringendst gebeten, in den Dörfern, die 3 Stunden von Halle im Bereich des Saalkreises belegen sind, es ja zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.
Der Vorstand des Landgesellenvereins.

Eine neumilchende Kuh mit dem Kalbe steht zu verkaufen bei
 Walther in Canena Nr. 4.

Sonntag den 29. April ladet zum Concert und Ball eigenst ein
 Hohenetlau. Carl Kohde.

Gebauersche Buchdruckerei.

Kohlraabi-Blumenkohl, überhaupt alle Sorten Gemüse- und Blumenpflanzen, verkauft in Düfferts Garten zu Siebichenstein der Gärtner F. Heinrich.

Selterwasser, täglich frischen Maitrank, bei
 F. Cppner.

Rhein- und Weser-Lachs empfiehlt
 F. Cppner.

Bürgurger Weine, à Flasche 7 \mathcal{R} 6 λ , empfiehlt
 F. Cppner.

Marinirte Heringe empfiehlt
 F. Cppner,
 große Ulrichstraße Nr. 67.

Allen lieben Freunden und Bekannten bei meiner Abreise nach New-York nochmals ein herzliches Lebewohl!
 Bremerhaven, d. 24. April 1849.
 E. Lepetit.

Bei unserer Abreise nach Großhienig sagen wir allen unseren Freunden ein herzliches Lebewohl.

Halle, den 26. April 1849.

Albert Schurig, Diaconus.

Mathilde Schurig, geb. Schwabe.

Bei ihrer Abreise nach Urtern sagen Freunden und Bekannten ein herzliches Lebewohl

der Rechts-Anwalt Romeiß nebst Frau.
 Halle, den 23. April 1849.

Kann mir's in Deutschland nun nicht mehr behagen?

Ach, leider nein! gefällt mir hier nicht mehr! —

Nicht sehr betrübt will ich ihm Valet sagen,

Lieb' Eltern Ihr, ach grämt Euch nicht zu sehr, —

Trenn' ich mich auch von Allem, was ich liebe, —

Es ist nicht anders, ja es muß so sein!
 Unglücklich wär' ich, wenn ich länger bliebe,

Denn Deutschlands Knechtschaft kann mich nicht erfreu'n. —

Lebt Alle wohl. Ihr Eltern, Schweftern, Brüder!

Oft denkt an mich, oft an Amerika! —
 Frei sehen wir vielleicht dereinst uns wieder, —

Frei wünscht ich dich mein Land Germania!
 aus Mittel-Etlau.

Kammerverhandlungen.

Erste Kammer.

Berlin, den 23. April.

Anträge 1) über die Verpflichtung der Gemeinden zum Ersatz des bei öffentlichen Aufmärschen verursachten Schadens; 2) über die Verpflichtung der Regierungen, die Verwendung der zum Gemeindegewerbe bestimmten Gelder in den Amtsblättern nachzuweisen; 3) über Beseitigung des Drucksystems; 4) über den Erlaß eines Jagdpolizeigesetzes, wurden in die Abtheilungen gewiesen. Zum Schluß wurden die bisherigen Präsidenten wieder gewählt.

Zweite Kammer.

Berlin, den 24. April.

Nach mehreren Anträgen über einzelne Veränderungen der Geschäftsordnung, die der betreffenden Kommission zugewiesen wurden, ging die Kammer zur Berathung des Vereinsgesetzes über. Es lautete der Regierungsentwurf:

§. 15. Versammlungen bedürfen der vorgängigen Genehmigung der Ortspolizeibehörde, wenn sie auf öffentlichen Plätzen in Städten und Dörfern, oder auf Straßen stattfinden sollen.

§. 16. Diesen Versammlungen werden öffentliche Aufzüge gleichgestellt; bei Erstattung der Anzeige oder Einholung der Genehmigung ist der beabsichtigte Weg anzugeben. Gewöhnliche Leichenbegängnisse werden jedoch nicht hierher gerechnet. Auch bei kirchlichen Prozessionen bedarf es der vorherigen Anzeige oder Genehmigung nicht, wenn sie in der hergebrachten Art stattfinden.

Ohne Diskussion wurden die Paragraphen so bestimmt und angenommen:

„Zu Versammlungen, welche auf öffentlichen Plätzen und Straßen in Städten und Dörfern stattfinden sollen, so wie zu öffentlichen Aufzügen in Städten und Dörfern hat der Vorsteher, Unternehmer, Ordner oder Leiter die Genehmigung der Ortspolizeibehörde nachzusuchen.

„Kirchliche Prozessionen, Wallfahrten und Bittgänge, gewöhnliche Leichenbegängnisse und Züge der Hochzeitsversammlungen unterliegen der Bestimmung des §. 1 nicht.“

§. 17. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der §§. 2, 3, 5, 6, 8, 10 dieses Gesetzes ziehen eine polizeiliche Strafe bis zu 50 Thaler nach sich.

§. 18. Wer den in den §§. 7 und 9 gegebenen Bestimmungen zuwiderhandelt, hat Geldbuße bis zu 200 Thlr. oder Gefängniß bis zu sechs Monaten verwirkt.

§. 19. Ist die Versammlung unter freiem Himmel von der Ortspolizeibehörde untersagt, oder den Vorschriften der §§. 14 und 15 zuwider unternommen, so hat Jeder, welcher dazu auffordert oder auffordern läßt, oder darin als Ordner, Leiter oder Redner thätig ist, eine Geldstrafe bis zu 200 Thlr., oder Gefängniß bis zu sechs Monaten, und Jeder, welcher an der Versammlung Theil nimmt, eine Geldbuße bis zu 5 Thlr. verwirkt.

Eine große Zahl von Verbesserungsvorschlägen wurde eingebracht, so daß bei der Abstimmung nicht weniger als 17 Fragen vorlagen, eine beschränkter und schlechter als die andere. Die Abgeordneten Lemme, Dierschke und der Demokrat Schmidt aus Landschur führten ein parlamentarisches Schauspiel auf, das die Politik der Bierbank weit übertrifft. Die Abstimmungen waren wie gewöhnlich ganz konfus und ein in aller Weise verflümmeltes und sich widersprechendes Gesetz wurde angenommen. In den nächsten Tagen wird das ganze von der Kommission redigirte Vereinsgesetz zur schließlichen Annahme vorgelegt werden. Es wäre schade, wenn dieses Prachtgesetz nicht durchgehen sollte!

Berlin, den 25. April.

Die Linke ließ wieder ein Paar dringliche Anträge los, deren Dringlichkeit aber nicht anerkannt wurde. Hierauf wurde der Bericht des Centralausschusses über Aufhebung des Belagerungszustandes vorgelesen und zur Diskussion gestellt. Der Antrag des Ausschusses fordert die sofortige Aufhebung der Ausnahmsmaßregel. Dazu waren folgende Amendements gestellt:

1) Die Kammer wolle statt des Antrages des Central-Ausschusses folgenden Antrag annehmen:

„daß das Staatsministerium aufzufordern, den seit dem 12. November v. J. über Berlin und dessen zweimeiligen Umkreis verhängten Belagerungszustand mit der Maßgabe aufzuheben, daß während der Dauer der Sitzungsperiode beider Kammern in Berlin und innerhalb der Entfernung von 2 Meilen Versammlungen unter freiem Himmel verboten bleiben.“

Wenzel (Ratibor). Naumann. v. Seckendorff. Reuter (Zilsli, Ragnit).

2) Zusatz. Hinter den Worten „wieder aufzuheben“ hinzuzufügen: „und den Kammern ein Tumult- und Aufruhr-Gesetz, welches sich nicht allein auf Berlin beschränkt, zur schleunigsten Begutachtung und Beschlußnahme vorzulegen.“

Renard. Jordan. Seiffert. Moede. v. Dewig. Graf Zieten. Leonhardt. Poppenburg. Krause. Graf Poninski (Löwenberg). Gesler.

3) (Noch nicht gedruckt.) Die Kammer wolle statt des Kommissions-Antrags folgende Erklärung abgeben:

„Die Kammer erklärt sich für die Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin sobald das Verbot der Versammlungen unter freiem Himmel in Berlin und dessen zweimeiligen Umkreis Gesetzeskraft erhalten haben wird. Aldenhoven und Genossen.“

Minister des Innern: Meine Herren. So ungünstige Urtheile auch schon in dieser Kammer über mich gefällt worden sind, so hege ich doch das bestimmte Vertrauen, daß man mir das Zeugniß nicht versagen wird, daß ich stets vermieden habe, bei den stathabenden Debatten Persönlichkeiten zu nennen oder anzugreifen; ich habe stets Aufregung vermeiden wollen, die sich leicht daran knüpft. Jetzt bin ich nicht mehr im Stande, dieses Prinzip festzuhalten, bei dieser Debatte bin ich gezwungen Persönlichkeiten zu nennen, und ich hoffe, daß die Kammer dies anerkennen werde. Ich wende mich nun zu dem Bericht der Central-Kommission, die den Belagerungszustand aufgehoben wissen will, und bedauere nur, daß nach diesem Berichte der Kommissar, welchen ich für dieselbe abordnete, eine abweichende Erklärung von der Instruktion gegeben hat, die ich erteilt, als ich verhindert war, zu erscheinen. Ich habe daher diesen Kommissar aufgefordert, sich zu erklären, ob er Ähnliches gesagt hat; aus dem Protokolle, das ich nach seiner angegebenen Aussage habe anfertigen lassen, ging eine ähnliche Aussage nicht hervor. Es war von diesem nur bemerkt worden, daß wenn auch das Material noch nicht vollständig sei, da auch aktenmäßige Beweise für gewisse Fälle keine Beweiskraft haben möchten: nichts desto minder man sehr gern bereit sei, das reichhaltige Material vorzulegen, und alle Vorlagen zu machen, über die man im Stande zu disponiren ist. Es thut mir leid, daß die Kommission nicht darauf eingegangen ist, auch will ich nicht untersuchen, welche Aussage die Richtige war, aber es zwingt mich doch, Einiges aus dem Materiale hier mitzutheilen. Der Antrag liegt nicht in der Kompetenz der hohen Kammer, nach §. 18. der Verfassung kehrt es nicht bei ihr, in eine administrative Maßregel einzugreifen. Doch will ich mich nicht enthalten, darauf einzugehen und demnach die Gründe zu entwickeln und zu widerlegen suchen, welche gegen den Belagerungszustand eingegangen. Diese Vorwürfe waren dreierlei Art. Erstens, warum wir ihn verordnet; Zweitens, wie wir ihn nach der Erlassung der Verfassung haben festhalten, wie wir ihn nach dem Zusammentritt der Kammern noch nicht wieder haben aufheben können. Ich will auf den ersten Punkt eingehen. Es giebt im Menschen- und Völkerverleben Momente, bei denen es der außerordentlichen Mittel bedarf; krankhafte Zustände, bei denen eine ungewöhnliche Behandlung eintreten muß. Solche außerordentlichen Mittel zu ergreifen, ist dann eine Pflicht der Selbstverwaltung. Nun ist doch gewiß die Thatfache nicht zu verkennen, daß Zustände, wie sie im vorigen Herbst hier eingetreten waren, mit gewöhnlichen Mitteln nicht geheilt werden konnten, daß Ausnahmeregeln eintraten. Diese sind überall notwendig und vorhanden, wo konstitutionelles Leben herrscht; nur der absolute Staat allein kann sie entbehren; er gebietet durch sein Machtwort Stillschweigen und unterdrückt durch seine Befehle.

Bis zum 8. Dec. war aber Preußen kein konstitutioneller Staat (Ah!) Man rang danach, ich will nicht untersuchen, wer daran verhindert hat, durch wessen Schuld nicht erreicht war, wonach man gerungen hatte. Aber von allen Seiten waren warnende Nachrichten über die bestehenden Zustände eingegangen. Eins will ich erwähnen, das Schreiben der Centralgewalt an das Ministerium, dessen Inhalt folgender ist. Die Zustände, die in Berlin herrschen, sind von der Art, daß sie länger nicht zu beachten, unmöglich ist. Berlin ist das Centrum revolutionärer Bewegung. In Berlin versammeln sich die Abgeordneten der äußersten Linken aus allen Kammern Deutschlands; in Berlin ist der Sitz der demokratischen Congresse; kurz Berlin ist der Mittelpunkt für alle Stadien der neuen Revolution. In Berlin ist, so lautet ein Brief vom 14. October, der Sitz der neuen Zeit, die sich vorbereitet. In Berlin haben die Mitglieder der Bürgerwehr sich auf höchst demokratische Weise vorgestellt; in Berlin sei ein Trauetzug von Empörern feierlicher, als ein Zug von Bürgerwehrmännern, die für ihre Pflicht starben, bestattet worden. In Berlin hat sich ereignet, daß den Mitgliedern der National-Versammlung der Ausgang aus dem Gebäude durch Volkshäufen und verriegelte Thüren unmöglich gemacht wurde; die Ereignisse sind so mächtig, daß sie die fürsorglichen Maßregeln der Centralgewalt herausforderten, und daß es nicht nöthig ist, das Vorhandensein von Ausnahmsgesetzen zu entschuldigen. Ich gehe in meinen Beweisen

weiter. Der Antragsteller auf Aufhebung des Belagerungszustandes behauptet, daß die Truppen mit Freuden empfangen worden sind. Ich will Ihnen einige Beispiele davon geben. Ich habe die aktenmäßigen Beweise vor mir; Sie können die Zeugnisaussagen selbst einsehen. Es war damals, als die Truppen in Berlin einrückten, ein Faktum, was von vielen Seiten mit Freuden aufgenommen ward, als auch das ganze Offizierkorps der Bürgerwehr ihre Würde niederlegte; nachdem sie dies gethan, fand zu der Zeit in der Nacht eine Versammlung im Centralbureau statt, was in das Hôtel de Bavière verlegt worden war. Es war 12 Uhr in der Nacht, da die Versammlung zusammentam; es nahmen an ihr Theil: die Abg. der Nationalversammlung Waldeck, d'Estor, Schramm, Berends, Reuter; die Handwerker hatten als Abg. den Goldarbeiter Bisby entsandt. Von allen Bezirken waren Abgeordnete vorhanden. Die Majore der Bürgerwehr ertheilten Auskunft über den Zustand und die Stimmung der Bürgerwehr und, die Mehrzahl entschied sich für passiven Widerstand.

Bei den Debatten in dieser Versammlung theilnahmen sich Waldeck, Berends und Reuter. Der Erste bewegte sich, heißt es, mehr in allgemeinen Phrasen; er sagte, er sei kein Mann der Waffe, aber er glaube, jeder Bürger werde wissen, was er zu thun habe. Berends erklärte sich nicht ausdrücklich für activen Widerstand, aber er stellte ihn doch in Aussicht, sobald geschossen wurde. Reuter erklärte sich bestimmt und deutlich für activen Widerstand, man müsse ihn leisten, selbst wenn kein Stein auf dem andern hätte bleiben sollen. Man hat die Aeußerung von den Abgeordneten gehört, was habe es mit dem Kampf eine solche Befürchtung, der Verlust der Freiheit sei größer, als der Untergang einer Stadt. Die Zeugen berichten, daß noch außerdem junge Personen anwesend waren, wahrscheinlich Mitglieder des fliegenden Corps, Männer die nur für den Kampf glühten, die aussprachen, daß 10,000 Arbeiter bereit seien, ihr Leben einzusetzen; man müsse, wenn die Freiheit es verlange, sich mit den Leibern, wie den Waffen, den Soldaten entgegen werfen. Die Stadt dürfe dabei nicht gesont werden, 1000 Häuser müssen in Flammen aufgehen; Frauen und Kinder müssen geschlachtet werden, aus dem vergossenen Blute müsse die junge Freiheit hervorblühen. Kurz es wurden derartige fürchterliche Reden geführt, daß Zeugen, die anwesend waren, die Haare zu Berge standen (Heiterkeit). Man zweifelte förmlich, ob man im 19. Jahrhunderte lebte (Heiterkeit). Andere Redner, welche sich daselbst hören ließen, wie der Banquier Kirchheim u. a., die zur Ruhe ermahnten, die an das Beispiel Wiens erinnerten, Frieden und Mäßigung predigten, wurden verhöhnt und vom Präsidenten zur Ordnung gerufen (Heiterkeit). Nichts desto minder ergab sich bei der schließlichen Abstimmung, daß die Majorität sich für einen passiven Widerstand entschieden hatte, worüber freilich die anwesenden Herrn Abg. nicht erfreut zu sein schienen: so ging es in dieser Versammlung zu. Ich erwähnte sie schon einmal in früherer Zeit. Damals sprach der Abg. v. Unruh von Verdächtigungen die ich „schleudere“ (Unruhe). Gegenüber solchen Ereignissen ward der Belagerungszustand verhängt. Für einen solchen Fall, wie für Ausnahmefälle, existiren überhaupt keine Gesetze, nur bestimmte Instruktionen und Vorschriften. Es war durch das Gesetz vom 24. September die Habeas-Corpus-Acte nicht aufgehoben und ich überlasse es gern den verschiedenen Meinungen, die darüber herrschen, ob er heilsam oder nicht gewirkt habe. Nur ist es allzugewiß, daß der Wohlstand von Berlin durch ihn gestiegen ist. Ich komme zum zweiten Punkt, wie er sich zu der Verfassung vom 5. Dezember verhält und wie er trotz dieser verhängt werden durfte. Ich erinnere dabei an den §. 110 der Verfassung, in welchem allerdings von „Vorschriften“ die Rede ist, die Ausnahmefälle gestatten, von „Vorschriften“, da Gesetze für denselben nicht existiren. Auf ähnliche Weise sind mehrere andere Paragraphen gefaßt worden. Es ist allzudeutlich, wie viel noch zur Herstellung des constitutionellen Staatsgebäudes Gesetze fehlen; sie werden nach und nach erlassen werden müssen, und auch über die Möglichkeit des Belagerungszustandes wird Ihnen ein Gesetz vorgelegt werden. Der 3te Vorwurf war, warum die Regierung den Belagerungszustand nicht vor Eröffnung der Kammern aufhob. Die Regierung hatte verschiedene Wege, diesen Vorwurf zu widerlegen. Die Regierung konnte 1., den Belagerungszustand aufheben; es wäre dies ein leichter Weg gewesen, sie hätte dann keine Angriffe, der heutige Tag keine Discussion erfahren; sie hätte sich darauf verlassen können, daß jede entstehende Unruhe durch die Truppen unterdrückt werden würde; die Regierung hat dies nicht thun wollen, sie hat es geschaut, Menschenleben aufs Spiel zu setzen und ist diesen leichten Weg nicht gegangen. Ein zweiter Weg war offen; die Regierung konnte ein Specialgesetz für Berlin erlassen und die nachträgliche Billigung der Kammer verlangen. Sie gesteht, daß dieser Weg viel für sich gehabt hat, aber da sie einsah, daß die Kammer ohnedies bald auf die Berathung der Verfassung und der von mir vorhin erwähnten Gesetze eingehen würde, so hielt sie die Debatte über ein solches Special-Gesetz für unnütz. Es war ein dritter Weg noch vorhanden: Man konnte diese Gesetze provi-

forisch emaniren lassen; ich habe dies nicht für Recht gehalten und die Debatten der vorigen Woche haben meine Meinung bestätigt. Wir haben deshalb andere Mittel ergriffen, um unsere Maßregel zu rechtfertigen. Wir haben eine Denkschrift eingereicht, in der wir die Gründe auseinandersetzen; wir haben aber die Initiative eben nicht ergriffen, ob schon die Thronrede des Belagerungszustandes dachte, weil wir voraussehen, was Sie zugeben werden, wenn Sie gerecht sind, daß, welches Gesetz wir auch darüber vorgelegt hätten, dasselbe doch die heftigste Opposition gefunden hätte.

Es entsteht nun bei dem gestellten Antrage die Frage, ist der Belagerungszustand noch nothwendig und warum kann er jetzt nicht aufgehoben werden.

Gleich darauf, als er verhängt worden, kamen Deputirte zu mir, die ihn zwar billigten, die ihn aber, weil er seinen Zweck nicht erfüllt, aufgehoben sehen wünschten. Spätere Ereignisse gestatteten dies unter keiner Bedingung. Ich erlaube mir dabei wieder auf Nachrichten hinzuweisen, die ich aus aktenmäßigen Berichten schöpfe.

Am Abend des 14. Novembers erschienen in Berlin in mehreren Bezirken unbekannte Männer, die diese aufforderten, im Namen der Nationalversammlung Vertrauensmänner zu ernennen und sich mit Mitgliedern der Versammlung zu berathen. Einer dieser Männer gab sich sogar für einen Boten der Versammlung aus. Sie waren in das Nylius-Hotel eingeladen; es hieß, man wolle sich mit den Bürgerwehr-Deputirten über den Steuerverweigerungsfall unterrichten, ob derselbe Anschlag finden dürfte. Bestimmt war dies jedoch nicht ausgesprochen. Es waren dort auch die Abgeordneten Waldeck, Jacobi, Jung, Wollheim und Berends anwesend. Von diesen war es der Obertribunalrath Waldeck, welcher nichts von einer bestimmten Einladung wissen wollte; die Anderen waren nicht so vorsichtig.

Man sprach darüber, ob die Bürger Berlins damit zufrieden sein würden, wenn die Nationalversammlung den Steuerverweigerungsbeschluß aussprechen werde; der Abgeordnete Dr. Wollheim erklärte laur: die Nationalversammlung werde den Steuerverweigerungsbeschluß fassen und sie wollten sich erkundigen, ob man damit übereinstimme. Ein anderer Herr mit einer Brille sprach das noch bestimmter und entschiedener aus. Vom Abgeordneten Jung hörte man, es sei nicht wahr, daß das Proletariat von den Bürgern gefürchtet werden müsse, es lasse sich das erstere sehr leicht leiten; er könne versichern, daß, wenn es zum Aeußersten käme, Barrikaden aus der Erde wachsen würden, hinter ihnen sich zu vertheidigen.

Diese Notizen hat mir ein Berliner Staatsanwalt zukommen lassen, um jeden beliebigen Gebrauch davon zu machen; es wird mir freilich nicht gelingen, ein vollständiges Bild von den Zuständen, die noch existiren, zu entwerfen; es existirt, aber es ist kein Zweifel eine Umsturzpartei im Lande, die auf Vernichtung des Bestehenden sinn. Es hat eine solche lange vor dem März schon existirt und zum Beweise will ich einige Stellen aus einem interessanten Briefe vorlesen; er ist vom 26. Februar 1848 datirt und von dem bekannten Dowiar aus New-York geschrieben; in demselben heißt es unter Andern, er habe durch seine modern philosophische Richtung alle Mittel, alle Wege der destruktiven Partei kennen gelernt; ich weiß es, daß es noch niemals eine Zeit gegeben hat, in der alle socialen Verhältnisse derartig zermüht waren, als jetzt; was ich zu sagen habe über das Verhältnis, muß ich bald sagen, denn nach den schweizer und italienischen Ereignissen, wie sie vorangingen, wird es ausbrechen, wie es noch niemals ausgebrochen ist. (Bewegung.) Ähnliches spricht seine Vertheidigung aus, die wir gedruckt in allen Zeitungen gelesen haben. Ebenso will ich hier nur eine Adresse der Deutschen in Amerika erwähnen, welche an die Demokraten in Deutschland gerichtet ist und in der offen zum gewaltsamen Widerstand aufgefodert, Prämie für diejenigen, welche sich zu Freiheitsmördern hergeben, festgesetzt wird; da man alle Mittel erschöpft und unnütz sah, die Tyrannen in Deutschland, wie sie heißen, Fürsten, Kaiser oder Könige zur Gewährung von Volksrechten zu zwingen, da diese Tyrannen nicht aufhören, allen Bitten um dieselben mit Kugeln und Kartätschen zu antworten; und sie hinrichten lassen durch mörderische Soldaten, wie Windischgrätz und Jellachich, Meuchelmörder bingen, um die Männer der Freiheit zu mekeln, so sehen wir keine andere Hülfe vor uns, als ähnliche Mittel zu ergreifen und eine Geloblohnung auf die Köpfe der Tyrannen, Kaiser, Könige oder Fürsten zu setzen, und zwar bestimmen wir 30,000 Gulden für den Kopf des Kaisers von Oesterreich, 25,000 für den des Königs von Preußen, 15,000 für jeden Fürsten, 10,000 für den des Markgrafen Windischgrätz; wer sich als Thäter dabei ausweist, wird die versprochene Summe empfangen. Dieses Dekret ist echt, es ist unterschrieben vom Secretair Wellenweber. Noch muß ich neben diesem ein Ereignis erwähnen. Es ist dies der demokratische Kongreß. Ich habe hier vor mir die von ihnen selbst verfaßten Protokolle; es ist zuvor darin eine Schilderung der Lokalität enthalten, wo die Versammlung stattfand. Eine deutsche Fahne war angebracht, bei der die rothe Farbe besonders hervorstach; rothe Vorhänge beschienen den Saal, und werfen einen rothen Schein. Die Herren, die sprachen, rührten sich immer, sie wollten alle Putsche vermeiden, um keine Gelegenheit zu geben, Maßregeln gegen sich hervorzurufen, so

Deutsche Nationalversammlung.

Frankfurt, den 23. April.

(Schluß.)

Abg. Culmann verlangt einen neuen Ausschuss und neue Berichte. Abg. Schlössel bringt seinen früheren Antrag mit Permanenz, Schutz der Versammlung gegen sogenannte gesetzliche Streitkräfte, Vollziehungsausschuss von 50 Gliedern. Abg. Wedekind will zuerst, daß Article 1 des Ausschussberichts verbleibe, daß dann die Reichsversammlung die zuversichtliche Erwartung ausspreche, daß der König von Preußen die in der Note des Bevollmächtigten von Camphausen an den Reichsminister-Präsidenten vom 17. d. M. motivirte fernere Frist nicht über die nächsten 8 Tage werde ausdehnen wollen, indem sie sonst, da die dringende Lage des Vaterlandes eine längere Ungewißheit nicht duldet, die Kaiserwürde als abgelehnt betrachten und annehmen müßte. Die Reichsversammlung beauftrage ferner für diesen, wenn auch hofentlich nicht eintretenden Fall gleichwohl ihren 30er Ausschuss, behufs anderweiter Durchführung der vollgültig beschlossenen Reichsverfassung die erforderlichen Maßregeln vorzubereiten, und eventuell in der Sitzung vom 1. Mai d. J. vorzulegen. Dann beauftrage die Reichsversammlung die Central-Gewalt, von diesen Beschlüssen den königl. preuss. Bevollmächtigten unverzüglich in Kenntniß zu setzen. Abg. Seypp in Erwägung, daß nach der Erklärung des Herrn Reichsministerpräsidenten Deutschland ein Erbreich gewesen, beantragt die Erhebung des Hauses Hohenzollern auf den deutschen Kaiserthron erst dann stattfinden zu lassen, wenn das Haus Habsburg-Lothringen in allen seinen Linien ausgestorben sein wird. (Große Heiterkeit.) Zwanzig Redner sind für und sieben und zwanzig gegen den Antrag eingeschrieben.

Abg. Keruff, Berichterstatter der Majorität des Ausschusses, erhielt zuerst das Wort zu einigen einleitenden Worten. Die Gesamtheit des Ausschusses ist einig in Anerkennung des Zweckes, aber nicht der Mittel. Ich habe hier die frühere Politik der Majorität des Parlaments nicht zu vertreten, weil ich in manchen Punkten nicht mit ihr übereinstimme, allein ich muß entschieden leugnen, daß unsere Anträge der Politik des Zögerns gemäß sind. Der Sinn dieser Anträge ist nicht, daß wir an der Möglichkeit einer persönlichen Lösung der Frage zweifeln, sondern daß wir dem Volke die Gegner unserer Sache zeigen; daß wir dem Volke zeigen, daß wir nichts versäumt haben, um eine Verständigung herbeizuführen, und damit wir uns so der Sympathien desselben nicht leichtsinnig hintansetzen, sondern dieselben uns dadurch erwerben. Man streitet darüber, ob der König von Preußen angenommen. Daß er eine Hinniegung dazu gezeigt, ist klar. Unentschiedenheit ist keine Ablehnung. Andere Anträge, als die der Majorität, sind unzweckmäßig. Erst wenn dieselben wirkungslos bleiben, sind weitergehende Vorschläge, wie die der Minorität, rathlich. — Der Vorsitzende verliest einen Antrag des Abg. Fehrenbach, daß über jedes Aliena der Ausschussanträge einzeln abgestimmt werde. Ein zweiter Antrag des Abg. Simon, daß alle Offiziere, welche die Verfassung nicht beschwören wollten, abgesetzt würden. — Hierauf erhält das Wort der Abg. Hecksher. Ich habe mich nie mit den Paragraphen 2 und 3 und mit allen Centralisationsbestimmungen, noch mit der Ueberordnung eines Theils über das Ganze einverstanden erklären können; habe auch nie an die Möglichkeit der Durchführung des Sagerschen Programms geglaubt. Die Gegenwart zeigt, daß ich mich nicht irre. Ich besorge sehr, daß es noch einer Revolution bedürfe, um zur Einheit zu gelangen. — Durch die Verfassung, wie sie vorliegt, ist Einheit, Einigkeit im Innern, Macht nach Außen unmöglich, ja Verarmung zu befürchten. Ich besorge sehr, daß wir gegenüber unsern alten und neuen Feinden im Innern und außen durch einen großen Militairretat werden erschöpft werden. Das waren von jeher meine Ansichten, und als ich von Italien zurückkehrte, erklärte ich mich offen in dieser Weise an den Herrn Ministerpräsidenten von Gagern. Meine officöse Sendung nach Oesterreich hatte zum Zweck, guten Rath und Aufschlüsse über die deutschen Zustände daselbst zu geben, und die österreichischen Minister hörten von uns die baarste Wahrheit. So handelte unsere Partei ihrem Mandate getreu, und schmerzlich überraschte es uns bei unserer Rückkunft, daß auch nur ein Mitglied unserer Partei seine Ansicht geändert hatte. Zu dem vorliegenden Gegenstande übergehend, begreife ich nicht, wie der Ausschuss bei der klaren Antwort des Königs noch bei den Verfassungsbestimmungen stehen bleiben kann. Der Redner spricht für den Antrag der Herren H. Müller und Genossen, welcher will, daß die Versammlung die am 28. März gefaßten Beschlüsse außer Kraft setze, die Erklärungen der Einzelstaaten einzuholen, und einen Ausschuss von dreißig Gliedern zur Revision der Verfassung niederzusetzen, welcher bis zum 14. Mai zu berichten habe. Der Redner weist den Vorwurf ab, den man öfters seiner Partei gemacht, daß sie, um die Verfassung zu verderben, für radicale Bestimmungen gestimmt habe. Er erinnert, daß seine Partei immer für ein Directorium, für eine Collectivregierung gewesen und für keinen Erbkaiser, deswegen hat sie für das suspensive Veto und gegen den Reichsrath

hoffen auf Einheit zwischen Bürger und Proletarier. Ein Abg. Rinke, der dabei war, sagte, er sei aus dem finstern Bonn, er könne versichern, die Kraft des Proletariats sei unerschütterlich und unverwundlich. Bei allen zeigt sich eine offenbare Neigung für die Republik und die Liebe zu republikanischen Institutionen sei überall verbreitet auch in anderen Ständen. Das Rheinland, sagte er, habe niemals gekämpft für seine Freiheit; aber es werde sich, wenn es Noth thäte, jetzt ein anderer Geist offenbaren; es schlummern daselbst alle Elemente einer Föderativ-Republik auf beiden Ufern des Rheins; 12000 Mann stehen zum Kampf für die Republik bereit, zwischen Bürgern und Proletariern ist Einigkeit und die Mehrzahl denkt an Republik. An den demokratischen Congress ist auch ein Brief eingegangen, unterzeichnet vom Justizcommissarius Maisberg, welcher aus sagte, daß er keineswegs abgeordnet sei, um eine sociale Republik gründen zu helfen, die Buzlauer Stadt-Resource hat ihn zwar beauftragt, einem Congress deutscher Demokraten beizuwohnen, aber keiner Versammlung deutscher Republikaner; er müsse sich daher jeder Theilnahme am Congress enthalten; es sei dies einmal die Ansicht der Mehrzahl seiner Comitenten, wenn auch nicht seine eigene. Daß aber der demokratische Congress nicht bloß eine Theorie bezwecke, wie manche behaupten, kann man aus der Rede schließen, die der Abgeordnete v. Ester, als er zum Vorsitzenden ernannt war, hielt; nach den gewöhnlichen Phrasen nämlich sagte er: meine Zeit ist sehr beschränkt, da ich zugleich Abgeordneter bin; sollte ich aber durchaus verhindert werden, so werde ich meinen Stellvertreter in die Nationalversammlung entsenden, um mich den demokratischen Zwecken ganz zu widmen. Man hat das vorige Ministerium sehr gelobt, weil es den demokratischen Congress geduldet habe; es hatte hierdurch die Ohnmacht und die Selbstlosigkeit der Demokraten offenbart; ich — ich theile diese Ansicht nicht; ich kann solche offen ausgesprochenen republikanischen Tendenzen sich nicht geltend machen lassen und den nachtheiligen Einfluß, den sie üben müssen, dulden; so lange ich die Verantwortlichkeit für die Handlungen des Ministeriums trage, werde ich einen ähnlichen demokratischen Congress durchaus unterdrücken. Wenn ein Stamm ungesund ist, so müssen Mittel angewandt werden, ihn zu heilen, wenn er aber so schwach ist, sie nicht anwenden zu können, dann ist er eine Leiche — und das ist Preußen noch nicht; als der Demokraten-Congress verlegt wurde, haben wir seine Wirksamkeit verfolgt. Sie war keineswegs so unerheblich, als man glauben machen wollte. Er stand in Verbindung mit dem sogenannten Märzverein, der seinen Sitz in Frankfurt hatte; es waren an uns vielfache Mittheilungen von Außen her ergangen, welche von seinen Bühleren sprachen. Die Polizeibehörde von Celle hat zwei Aktenstücke veröffentlicht, von denen eins von berliner Demokraten verfaßt war und das andere einen unbekanntem Autor zum Verfasser hat; doch nimmt man als solchen den Grafen Reichenbach an. — In diesen werden außerordentliche Maßregeln verabredet, welche für den 18. März festgesetzt wurden; überhaupt spielte dieser 18. März eine große Rolle in den Plänen der Demokraten; gleichwohl war es an diesem Tage durchaus ruhig in unserer Stadt; daß dies der Fall war, danken wir dem Belagerungszustand. Gleichwohl hat es nicht an Bestrebungen revolutionärer Art gefehlt, ich will dabei bloß an ein Lied erinnern, das an diesem Tage gesungen, an einen Toast, der dabei ausgebracht worden ist und die ich hier näher zu bezeichnen, nicht für geeignet halte. Die demokratischen Vereine sind noch immer dauernd thätig; ihre Thätigkeit geht aus Briefstücken hervor, die in die Provinzen gefandt werden, um Unterschriften zu verlangen, in denen man fordert, daß die Verfassung nach der Berathung in den Kammern noch einmal in den Urwähler-Versammlungen zur Abstimmung kommen solle und die unter der Adresse der Volksabgeordneten an Herrn v. Ester geschickt werden sollen.

Es trat nun aber ein Ereigniß ein, welches sehr bedenklich war (Der Redner verliest einen Bericht des Polizeipräsidenten, wonach eine sozial-demokratische Verschwörung existire und beim Schuhmacher Wegel Waffen und die Statuten jener Verschwörung gefunden worden seien. Wegel hatte ferner gesagt, daß in Berlin 10 Gemeinden von je 10 Mitgliedern des revolutionären Vereins sich befänden, dessen Zweck die untheilbare social-demokratische Republik wäre, und deren Centralbehörde früher in Paris, jetzt in London ihren Sitz hätte.) Die Handgranaten, die beim Wegel gefunden wurden, wovon ich ein Exemplar Ihnen vorgehen kann, sind mit 7 Loth sehr brennbaren Stoffes gefüllt.

Dies sind die Gründe, weshalb man jetzt noch nicht den Belagerungszustand aufheben kann. Wie ich gehört habe, wollten einige Mitglieder ihn deshalb aufheben lassen, um energisch gegen das anarchische Treiben einschreiten zu können. Das Ministerium aber sieht mit Genugthuung darauf zurück, daß es die Ruhe ohne Blutvergießen hat inne halten können. Es ist sich seiner Verantwortlichkeit wohl bewußt, sieht aber doch ein, daß es in Betracht der gegenwärtigen Umstände diese Verantwortlichkeit zur Zeit noch tragen muß.

Nachdem Zietzen, Phillips, Wehmer, Biegler, Naumann, Minister Simons, und sogar Hildenhagen für und gegen die Aufhebung gesprochen hatten, wurde die Debatte veragt.

gestimmt. Ein Directorium ist kein Bundestag, wie so viele behaupten. Schwer ist die Aufgabe, eine Nation zu einigen, in der zwei große Mächte sind, allein die Aufgabe der Nationalversammlung war, eine Verfassung für ganz Deutschland zu machen und nicht Oesterreich hinauszuerweisen, um Preußen zu halten. Durch diesen Antrag bleibt der Punkt über das Oberhaupt offen, und dies ist besonders hervorzuheben, da dadurch Oesterreich, welches sich aus Unmuth abgewendet, der Zutritt möglich bleibt. — Der Vorsitzende verliest einen neuen Antrag des Abg. Wammen und Genossen, dahin gehend, die Antwort der Deputation zu genehmigen, die auf Se. Maj. den König von Preußen gefallene Kaiserwahl als erledigt zu betrachten, den Artikel über das Reichsoberhaupt als unausführbar zu erklären, und sofort zur Revision desselben zu schreiten. Der nächste Redner, welcher das Wort erhält, ist Abgeordneter Münch aus Weklar. Er spricht einige wenige Worte zu Gunsten des Ausschussesberichts. Abg. Schmidt von Löwenberg spricht für das Simon'sche Minoritätserachten. Er bekämpft das Minoritätserachten II als nicht weit genug gehend, und weil es nicht die Oberhauptsfrage als eine offene betrachte. Er geht darauf zum Erbkaisertum selbst über, welches er vom demokratischen Standpunkt bekämpft. Man solle es nicht so weit bringen, daß das Volk einst sage, die Nationalversammlung habe dasselbe in die Lage des Ertrinkenden gebracht, der wohl nach dem Strohalm greift, den aber der Strohalm nicht rettet. Zu Gunsten der Verfassung mit dem Erbkaisertum giebt es keine Revolutionen. Ich kenne, schließt der Redner, etwas Höheres, als diese Versammlung, und das, was Sie deren Ruhm und Ehre nennen, und worunter gar oft nur der Glitter der eigenen Persönlichkeit verstanden wird; ich kenne etwas Höheres — das deutsche Volk und seine Freiheit und Wohlfahrt. Können diese Güter dem Volke erstanden werden, dann halte ich sie für einen unendlich niedrigen Preis erkauft, wenn sie nichts weiter gekostet, als das wahrlich nicht unerschuldete ruhmlose Ende dieser Versammlung. (Bravo links.) Abg. Welcker. „Wir stehen am Anfange des Endes. Eine Revolution, größer als die vom Jahre 1848, will sich vor uns eröffnen. Allein wir schrecken nicht zurück vor jenen schweren Zeiten. Wir dürfen nur beharren auf unserem Wege, und dem Volke ein Vorbild geben, damit es wie wir zusammenstehe. Keinen sichereren Rath vermag ich zu geben, als wir thun nicht, was die Feinde freut. Wenn wir den Stand des Vaterlandes, seine Vergangenheit, seine Zukunft erwägen, so müssen wir sprechen: wir stehen und fallen mit der Verfassung, wir weichen nicht eher von dieser Stelle, als bis es uns möglich gewesen, dem deutschen Volke unser Wort zu halten, ihm eine wirkliche Verfassung und kein Stück Papier zu geben.“ Wer hat einen anderen Gedanken gehabt bei der Gründung der Centralgewalt, als daß tagtäglich ihre Minister verantwortlich seien der Nation. Sie zu entfernen macht man den Vorschlag: ihre Entfernung ist der Beginn der Anarchie. Hier handelt es sich um die Erhaltung einer auf rechtmäßigem Wege zu Stande gekommene Verfassung, an der kein Jota geändert werden kann, außer dem, was durch die Gewalt der Thatsachen als nothwendig sich herausstellen wird. Die Verantwortung derer, welche ablehnen werden, ist eine große; die Geschichte wird über die Rathgeber derjenigen Fürsten ihr Urtheil sprechen, welche gegen die Annahme rathen. Der

Redner macht auf die Vorzüge der Verfassung aufmerksam, bei der eine hauptsächlichliche Furcht der Linken, die Corruption, kaum denkbar sei. Die Regierungen werden einsehen, daß die Bestimmung des erblichen Oberhauptes vorzüglich zu ihrem Vortheile ist. So wären die Gründe vorhanden, warum die Linke, die Majorität des Hauses und die Regierungen zusammengehen können. Die Regierungen werden es einsehen, auch ihnen wird eine größere Freiheit werden, während die Fürsten früher nur die Freiheit hatten, die Völker zu drängen. (Bravo.) Ich erinnere an die Verträge, welche die deutschen Fürsten kannten, an die klagliche Rolle, welche sie zur Zeit des Bundestags gespielt. Diese Verfassung kann das Längstsehnste leisten, sie giebt Freiheit, Einheit, Würde und Kraft. Ich darf es sagen, daß wir Oesterreich nicht ausgeschlossen haben. (Hört.) Ich habe für die Nichtausscheidung Oesterreichs immer gewirkt und darf dem Vorredner (Hedner) wohl entgegenreten. Die schwankende Politik des österreichischen Ministeriums, die Absicht, einen österreichischen Centralstaat und nicht einen Föderativstaat zu bilden, haben es gethan. Man möchte gern dort die alte Politik Oesterreichs gegenüber Deutschlands fortsetzen und was diese ist, hat die Vergangenheit gelehrt. So lange Oesterreich an der Spitze Deutschlands stand, geschah nichts für Deutschlands Politik, ihre Größe und Freiheit. Nach dem österreichischen Projecte würden wir kein Vaterland erhalten haben; es giebt aber nichts Höheres für den Menschen als das Vaterland, für das er selbst das Leben zum Opfer bringen kann, und welches ich höher schätze als Familie, Vater und Mutter. (Beifall.) Nie ist Deutschland ein schwächeres Anerbieten gemacht worden, als der Eintritt der 38,000,000 Einwohner Oesterreichs in den deutschen Bundesstaat. Oesterreich hat seine Abgeordneten jetzt abberufen, es hat Preußen den Vorschlag gemacht, 40,000 Mann um Frankfurt zu vereinigen. (Hört!) Oesterreich erkennt kein Volkshaus an. Es that dem deutschen Volke zuerst die Schmach an, sein Volkshaus heimzuschicken zu wollen; es erklärte zuerst den deutschen Bund als noch bestehend. Wir stehen, schließt der Redner, an der Schwelle des Kampfes für die Volksfreiheit, mit Erstaunen höre ich jetzt, daß man eine Fürstensouveränität, welche man aus den Händen eines fremden Eroberers erhalten hat, dem Willen der engeren Nation entgegenstellt. Wenn die Fürsten ihre Souveränität wahren wollen, so sollen sie gleich zusagen, denn jeden Tag wird das Volk erbitterter gegen jene Fürstensouveränität. (Großer Beifall rechts und in den Centren.) So gewiß aus den trüben Wolken der Sonnenstrahl dringt, so gewiß wird aus den trüben Wolken der Kabinette die Sonne der Volksfreiheit und Einheit Deutschlands dringen. Es ist die Aufgabe der Fürsten, die Revolution zuzuschließen und nicht fortzusetzen. (Großer Beifall rechts und in den Centren.) — Ein Antrag auf Vertagung der Sitzung wird angenommen. Der Vorsitzende verkündet das Ergebnis der beim Anfange der Sitzung vorgenommenen Wahl in den Marineauschuß; die Abgg. Godefr. v. Hamburg, Maier aus Bremen und v. Neden aus Hannover sind in denselben gewählt worden. Ausgetreten ist ferner Abg. v. Dun aus Feldkirch. Eingetreten Herr Wimmer aus Tirschenreuth in der Oberpfalz. Schluß der Sitzung 1 1/2 Uhr.

Bekanntmachungen.

Auction.

Donnerstag den 3. Mai und folgende Tage jedesmal 1 1/2 Uhr soll gr. Ulrichstr. Nr. 20. wegen **Abreise der Mad. Bauermeister**: 1 goldene Repetiruhr, 1 silberne Cylinderruhr, silberne Es- und Kaffeelöffel, div. Silbergeschirr, Zinn, Kupfer, Messing, 1 Partie eiserne Löffel, f. Porzellan und Glaswerk, 1 Reizzeug, 1 Goldwaage, 20 Stück sehr gute Betten, 2 Roßkarmatzen, feine Tisch-, Leib- und Bettwäsche, 1 Wäschebetar, Sopha's, Komoden, Kleider-, Wäsch-, Küchen- und Fliegenschränke, Bettstellen, Spiegel, Stühle, div. Tische, Gefäße, Haus- u. Küchengeräthe meistbietend gegen gleich baare Zahlung verkauft werden.

J. H. Brandt,
Auct.-Commiss. u. Taxator.

Das Bürgerblatt

bringt in Nr. 29 einen Artikel mit der Ueberschrift: — Was wird aus der Hallischen Bürgerwehr? — worin ausgesprochen wird, daß theilweise die Führer der Bürgerwehr, weil sie gar nichts vom Dienst verstanden, durch Sonnen Bier, Veranstaltung von Wasserfahrten, Frühstücke beim Scheibenschießen, Bowlen Grog beim Wachtdienst u. ihren Fehlern eine freundliche Nachsicht zu sichern suchten. Die Unterzeichneten wissen sich zwar im Besitze vollkommen tüchtiger Führer, die in keinerlei Weise der Nachsicht bedürfen, fühlen sich aber gleichwohl veranlaßt, jene Beschuldigung so lange für eine böswillige Verläumdung zu erklären, als der Einsender sich selbst und die Compagnie, resp. Compagnieen, die er damit meint, nicht namhaft gemacht hat.

Die Wehrmänner der 7ten Compagnie.

Französische eingem. Schooten in Blechbüchsem empfiehlt
C. Kraam.

Limburger Sahnenkäse von circa 1 1/2 U., à Stück 5 1/2, desgl. mit Kümmel, und zerbrochene Käse, à U 3 1/2, bei Friedr. Wilh. Dalchow.

Sch. No. 46 u. 47 wird zurück erbeten.
St. v. U.

Es ist ein großer wachsender Hofhund auf dem Schulberg Nr. 111 zu verkaufen.

Krissi in Württemberg.

Nachrichten aus Stuttgart vom 22. April Abends zufolge hat die Ministerkrissi und der Widerspruch des Königs wegen der Oberhauptsfrage seine Lösung noch nicht gefunden. Trotz eines Zustromens von Adressen, Deputationen und Volksversammlungen herrscht Ruhe in der Stadt, das Gesetz ist noch nicht überschritten, aber man befindet sich, so schreibt ein Correspondent der Frankf. Ober-Post-Amts-Zeitung, an der Grenzlinie desselben. Zunächst sind zwei wichtige Actenstücke mitzutheilen: 1. die der ständischen Deputation von dem König ertheilte Antwort; 2. das königliche Decret vom 19. April, welches die nächste Veranlassung der Ministerkrissi war. Wir theilen dieselbe nach dem Schwab. Merkur mit:

Antwort des Königs an die ständische Deputation,
abgegeben den 21. April.

Meine Herren! Ich danke Ihnen, daß Sie mir Gelegenheit geben, mich in dieser Angelegenheit offen auszusprechen zu können. Sie kennen meine Freimüthigkeit und Offenheit, die ich in meinen Regierungshandlungen immer an den Tag gelegt habe, ich werde es auch in diesem Falle thun. Ich muß mich auf den Boden der Thatsachen stellen. Die Reichsversammlung hat eine Verfassung gefertigt, sie ist aber noch nicht vollendet. Der König von Preußen hat die deutsche Reichsverfassung noch nicht anerkannt, er hat die Kaiserkrone abgelehnt; nach heute erhaltenen Nachrichten hat Camphausen mit Sagern über die Änderungen der Verfassung unterhandelt, was soll ich also schon jetzt anerkennen, was noch gar nicht existirt? Lassen Sie mir Zeit. Ich versichere Sie, daß ich die ganze Reichsverfassung mit Ausnahme der Oberhauptsfrage anerkenne. Dem Hause Hohenzollern unterwerfe ich mich nicht. Ich bin dieses meinem Lande, meiner Familie und mir selbst schuldig. Würden aber alle Fürsten von Deutschland es thun, so würde auch ich dieses Opfer für Deutschland bringen, aber mit gebrochenem Herzen. Ich kann durch Ihre Erklärungen, durch Aufruhr im Lande dazu genöthigt werden. Wenn Sie sich auf den Boden der Revolution stellen und mich zwingen, mein Wort zu geben, so ist es kein freies. Das erkennen Sie selbst an und können es auch nicht wollen; denn ein erzwungenes Wort wäre für mich nicht bindend, ich könnte es ja widerrufen, wenn mein Wille wieder frei wäre. Die deutsche Verfassung werde ich in meinem Lande durchführen, wie ich die Grundrechte zuerst eingeführt habe. Ich gebe Ihnen mein Wort, aber dem Hause Hohenzollern unterwerfe ich mich nicht, mein Gewissen und meine Ueberzeugung lassen es nicht zu. Dem Kaiser von Oesterreich, wenn er gewählt worden wäre (da ich die Ueberzeugung habe, daß es für Württemberg vortheilhaft gewesen wäre), würde ich mich unterworfen haben. Ich bin mit meinem Ministerium nicht uneins, ich bin mit ihm bis diesen Augenblick ganz zufrieden. Eine Meinungsverschiedenheit herrscht zwischen uns nicht, nur über die Zeit meiner Erklärung bin ich mit ihm nicht einig. Ich vertraue auf den guten Sinn meines Volks. Der Kern des Volks ist gut gefinnt. Die Aufregung ist durch die Vereine, welche auch eine Märzereignischaft sind, künstlich hervorgerufen. Wollen Sie mich zwingen, ich muß es darauf ankommen lassen. Sie kennen meinen Muth. Es ist nicht um meinetwillen, ich habe nur noch wenige Jahre zu leben, aber mein Vaterland, mein Haus, meine Familie legt mir diese Pflicht auf. Ich würde es sehr bedauern, wenn gerade jetzt in dieser wichtigen Sache die Stände mit der Regierung nicht Hand in Hand gingen.

Königliches Decret an das Gesamtministerium vom
19. April 1849.

Ich hatte Sie zu einer Berathung über die Reichsverfassungsfrage zusammenberufen, weil ich es für meine erste Pflicht erkannte, einen so hochwichtigen Gegenstand einer gemeinschaftlichen, gründlichen und umfassenden Erörterung mit meinen verantwortlichen Räten zu unterziehen. Sie haben mir in der Sitzung vom 16. d. M. die gewünschte Gelegenheit dazu gegeben; Sie haben mir Ihre Ansichten vollständig entwickelt; ich habe Ihnen dagegen die meinigen nicht vorenthalten; sie haben nach der gepflogenen Berathung sich über denselben Gegenstand gegen mich schriftlich geäußert, und ich will daher meinerseits mich eben so auf denselben Wege wiederholt gegen Sie aussprechen. Sie stellen mir den Antrag: „daß ich die deutsche Reichsverfassung, so wie solche von der verfassunggebenden Versammlung in Frankfurt beschloffen wurde, unverzüglich anerkenne und diese Anerkennung mit der Erklärung an die Centralgewalt begleiten lassen möge, daß ich gegen die Wahl des Königs von Preußen zum erblichen Kaiser von Deutschland keine Einwendung zu machen habe.“ Die Beweggründe, mit welchen Sie diesen Ihren Antrag unterstützen, sind: „daß, weil diese Versammlung überhaupt berechtigt sei, für Deutschland

aus eigener Machtvollkommenheit eine Verfassung zu geben, und die Anerkennung dieser Verfassung allseitig und unbedingt zu verlangen, ihr auch das Recht und die Befugniß zustehen müsse, einen eben so unbedingten Anspruch in der Oberhauptsfrage zu thun und in Ansehung dieses Ausspruches eine gleich unweigerliche und gleich allseitige Anerkennung, wie für alle anderen Bestimmungen dieser constitutiven Acte, zu gewärtigen.“ Sie sind ferner der Ansicht, „daß es bei der von Ihnen beantragten Erklärung an die Centralgewalt ganz gleichgiltig sei, ob Seine Majestät der König von Preußen die Würde eines deutschen Erbkaisers ablehne oder nicht, denn wenn Er ablehne, so sei damit die Erblichkeitsfrage und mit dieser derjenige Theil der Verfassung, welcher sie feststellt, von selbst beseitigt, und wenn Er annehme, so könne Württemberg die neue Würde dieses Fürsten, ebensowohl Preußens als der zahlreichen revolutionären Partei in Deutschland wegen, nicht zurückweisen.“ Endlich fügen Sie hinzu, daß es sich unter solchen Umständen nur davon handeln könne, „ob Württemberg früher oder später die fragliche Verfassung anerkenne, daß Sie aber für eine unverzügliche Anerkennung derselben sich deshalb erklären müßten, weil dadurch der Schein vermieden werde, als sei meine Regierung zu einer solchen durch die öffentliche Meinung gezwungen worden.“ Dies ist Ihr Antrag, dies sind Ihre Beweggründe dafür. Ich kenne in Geschäften nur Offenheit und Wahrheitsheit, ich werde auch von dieser meiner Richtschnur gegen Sie bei diesem neuen Anlaß nicht abweichen. Ich muß damit anfangen, Ihnen offen zu bekennen, daß, nach meiner innersten Ueberzeugung, die Nationalversammlung nicht das Recht hatte, Oesterreich aus dem bisherigen Staatenverbände auszustoßen, noch das von ihr vollendete Verfassungswerk, so wie dies von ihr geschehen ist, abzuschließen und zu verkünden, noch den Knoten der Oberhauptsangelegenheit in der Weise, wie sie dies für gut gefunden hat, theoretisch und factisch zu zerhauen; vielmehr bin und bleibe ich der festen Ansicht, daß diese Versammlung zu einer rechtsgiltigen Lösung dieser Hauptfragen, sowie um der allseitig entgegenkommenden Anerkennung und des so höchst wesentlichen moralischen Ansehens eines so bedeutenden constitutiven Gesetzes willen, der Berathung und der Zustimmung der sämmtlichen Einzelstaaten, ihrer Fürsten, Regierungen und Obrigkeiten, über den Gegenstand unabwieslich bedürft hätte. Indem sie einen solchen echt vaterländischen und allseitig verständigen Weg nicht betrat, indem sie das Princip der Vereinbarung und des Einverständnisses mit den verschiedenen Regierungen und den verschiedenen Volksstämmen unseres gemeinschaftlichen großen Vaterlandes beharrlich von der Hand wies, setzte sie selbst zuerst an die Stelle der Einigung aller Völkervämme die Völkervierracht und an die Stelle der deutschen Einheit die deutsche Spaltung, trat sie in den beklagenswerthen Conflict grade mit den mächtigsten Einzelstaaten und Einzelregierungen des Bundes, führte sie zuletzt ganz allein die große Frage des Tages aus dem Gebiet des gemeinsamen Einverständnisses und des gegenseitigen Rechts auf das der Verwicklung und der Thatsachen. Welches sind diese Thatsachen? Die kais. ksterr. Regierung erklärt in der bestimmtesten Weise, die deutsche Nationalversammlung und die seitherigen verfassunggebenden Beschlüsse und verfassunggebende Wirksamkeit derselben nicht anzuerkennen. Sie erklärt ferner, daß sie andererseits nicht gewillt ist, ihre vertragsmäßige Stellung im Bunde aufzugeben und ebenso wenig sich einer einheitlichen Spitze desselben unterzuordnen, erbietet sich dagegen aber, nach wie vor, zu einer jeden Verständigung mit sämmtlichen Einzelregierungen zum Behufe einer Vereinbarung über das Verfassungswerk. Der König von Preußen lehnt die Kaiserkrone ab, und die Regierung Seiner königlich preussischen Majestät giebt dabei auf eine unzweideutige Weise zu erkennen, daß sie ihrerseits die vorliegende Reichsverfassung unverändert nicht annehmen könne: sie kündigt dieselbe ausdrücklich in der kürzesten Frist eine schriftliche Erklärung an und ladet zu einer gleichen Beanspruchungs- und Verständigungserklärung die übrigen Bundesregierungen ebenmäßig ein. Die königlich bayerische Regierung besteht sowohl auf der Beseitigung der Kaiserfrage, als auf dem Vereinbarungsprincipe. Die königlich hannover'sche Regierung endlich macht ihrerseits eine erschöpfende Erklärung über die ganze Frage von der Verantwortung verschiedener an das königlich preussische Ministerium von ihr gestellten Vorfragen abhängig. Dies sind die bis zu diesem Augenblick vorliegenden Thatsachen über den wichtigen Gegenstand. Was aus ihnen unwidersprechlich folgt, ist:

1) daß die Kaiserfrage sammt ihren Konsequenzen eines vorgeschlagenen Einheitsstaats von heute an als politisch beseitigt betrachtet werden muß, in so fern der König von Preußen die ihm dargebotene Krone eines deutschen Erbkaisers feierlich ausgeschlagen hat und eine jede Wiederaufnahme dieser Frage alle Elemente einer unzeitigen Spaltung von Deutschland sofort aufs Neue in den Vordergrund des Verfassungswerkes drängen müßte;

2) daß die unbedingte und unveränderte Annahme der Reichsverfassung, so wie solche aus den Debatten der Nationalversammlung schließlich

hervorgegangen ist, weder von Oesterreich, noch von Preußen und Baiern anerkannt ward; endlich

3) daß es von Oesterreich selbst und von den mit ihm bisher verbündeten und verbrüdereten Regierungen und Völkerstämmen des gesammten Deutschlands, nicht aber von der Nationalversammlung ausschließlich abhängen kann und wird, ob diese Macht aus dem bisherigen staatlichen Verbande auszuschneiden hat oder nicht.

Sie sehen, daß das unverrückte Beharren Frankfurts auf der Kaiserfrage ein vergebliches ist, und daß es sich heute nicht mehr um diese Frage, sondern um die gesammte Reichsverfassung und deren Anerkennung oder vielmehr Nichtanerkennung in ihrer jetzigen Fassung handelt. Unter solchen Umständen würde eine jede einseitige und voreilige Zustimmungserklärung von Seite Württembergs zu dem vorliegenden Verfassungswerke, würde insbesondere, dem Könige von Preußen gegenüber, meine einseitige Anerkennung einer Würde, die dieser Fürst ausschlagen zu müssen geglaubt hat, nicht nur höchst unzeitig, sondern auch völlig überflüssig sein; sie würde weder bei den Einzelregierungen, noch in Frankfurt den gegenwärtigen Stand der Dinge im Geringsten verändern; dagegen müßte sie unser Vaterland, meine Regierung und mich selbst gegen Se. Königl. preuß. Majestät, sowie gegen meine übrigen Mitfürsten und deren Cabinette in einen höchst bedenklichen und noch dazu ganz vergeblichen Widerspruch setzen. Benehmen wir in dieser schweren Krise, in diesen Tagen einer folgenreichen Entscheidung unserem theuren Vaterlande, benehmen wir uns selbst nicht die Mittel und Wege, nach bestem Wissen und Gewissen für dessen Wohlfahrt und dessen Zukunft zu wirken und einzusetzen. Wir können die schweren Pflichten, welche die Vorsehung uns auferlegt hat, nur dann genügend erfüllen, wenn wir mit Vorsicht und Ruhe, und ohne alle Vorurtheile und alle Leidenschaften zu Werke gehen. Die große Frage, um welche es sich handelt, liegt heute zunächst und ausschließlich in Wien, in Berlin und in Frankfurt. Wir unfererseits können uns gottlob nicht den Vorwurf machen, diese Frage erschwert oder verwickelt zu haben, wir können sie aber eben so wenig entwirren oder beendigen. Uebereilen wir uns daher nicht; sehen wir zuvörderst, in welcher Gestalt und mit welcher Wendung sie aus den dortigen Erörterungen hervorgehen wird, warten wir vor allen Dingen die weiteren Erklärungen des königlich preussischen Ministeriums ab; nur dann werden wir im Stande sein, eine für unser theures Vaterland, so wie für ganz Deutschland allseitig reife und wahrhaft erspriechliche Entschlieung zu fassen. Ich rechne in dieser Beziehung, wie bisher, so auch in der Folge, zuverlässlich auf den einsichtsvollen Rath, so wie auf den patriotischen und treuen Beistand meiner sämmtlichen Minister und Räthe.

Außerordentliche Sitzung der Abgeordneten-Kammer,
22. April früh 7 Uhr.

Vorstehende zwei Actenstücke veranlaßten gestern, Sonntag, Morgens 6½ Uhr eine außerordentliche Sitzung der zweiten Kammer. Die Gallerien dicht besetzt. Auf der Straße und im Hause eine vom Präsidenten requirirte Compagnie Bürgerwehr. Am Ministertisch Staatsrath Römer, Director Roser, Staatsrath Duverson, Oberregierungsath Schmidlin, General Ruppelin, Staatsrath Goppelt. Der Präsident eröffnet die Sitzung mit Hinweisung auf die Wichtigkeit der Sachlage des Vaterlandes, welche diese Sonntagsitzung nöthig mache. Er theilt sofort mit, daß gestern Nachmittag um 4 Uhr die ständische Deputation von Sr. Majestät empfangen worden: er, der Präsident, habe die ständische Adresse verlesen, worauf Se. Maj. ein Decret vom 19. d. M. übergeben und in freiem Vortrag seine Antwort ertheilt. Letztere wurde alsdann von der Deputation zu Papier gebracht und Seiner Majestät sofort vorgelegt. Der König machte bloß wenige Zusätze hiezu, und das von ihm unterzeichnete Actenstück ist in den Händen des Präsidenten. Der Präsident verliest nun diese Antwort, wie sie oben mitgetheilt ist. Nachdem auf diese Antwort einige Mitglieder der Deputation dem König gegenüber Bemerkungen gemacht hatten und der Präsident beifügte, daß gerade die Zeit es sei, die so außerordentlich dränge, so daß jede weitere Zögerung in Anerkennung der deutschen Reichsverfassung die Folgen haben könnte, daß wir alle Ruhe und Ordnung im Lande zu erhalten nicht mehr im Stande wären; und dieses Sr. Maj. im Namen der Abgeordneten-Kammer aufrichtig auszusprechen sei unsere Pflicht — erwiederte Se. Maj.: Wir wollen

sehen, ich muß es darauf ankommen lassen. Ich habe nach meiner Ueberzeugung, nach meinem Gewissen gesprochen. — Sofort verliest der Secretär das Decret vom 19. April. Reyscher beantragt, bei solcher Sachlage eine Commission niederzusetzen, welche über die dringliche Lage des Vaterlandes und die zu ergreifenden Maßregeln morgen zu berichten hätte. Für den Antrag erheben sich viele Redner, Reyscher besteht aber selbst nicht auf ihm, indem er sich mit folgendem Antrage Stockmayers vereinigt:

die Kammer wolle beschließen, in Erwägung, daß die königliche Staatsregierung das zu Recht Bestehen der deutschen Reichsverfassung bis jetzt noch nicht anerkannt hat, spricht die Kammer der Abgeordneten in Uebereinstimmung mit ihren früher gefaßten Beschlüssen ihre Ueberzeugung dahin aus: 1) daß die von der deutschen Nationalversammlung verkündigte deutsche Reichsverfassung in Württemberg als Gesetz besteht; 2) daß jeder württembergische Staatsbürger, gleichviel ob er dem Civil- oder Militärstand angehört, zur Befolgung und zum Schutz dieser Reichsverfassung ebenso, wie der württembergischen Landesverfassung, verpflichtet ist; 3) daß jeder Angriff auf dieselbe ein Verbrechen sei, und daß deshalb weder Civil-, noch Militärbeamte verpflichtet seien, einem Befehl Folge zu leisten, bei dessen Ausführung sie sich an diesem Verbrechen betheiligen würden.

Dieser Antrag wurde mit 46 gegen 23 Stimmen angenommen, nachdem die Debatte im Ganzen ruhig verlaufen war, Freiherr v. Linden den Antrag einen verderbenbringenden genannt, dagegen Scherr das Verhalten der Krone ein muthwilliges geheißen und Schniger geäußert hatte, der König will gezwungen sein; wir wollen ihn zwingen durch Ueberzeugung. Von den privilegirten Ständen stimmten unter Bravourufen Graf Degenfeld und Prälat Hafner für den Antrag. Staatsrath Römer hatte gewarnt, daß nicht, wie es anfangs den Anschein zu haben schien, der Antrag als Erklärung an das Volk, um zwangsweise auf dieselbe zu wirken, gerichtet werde, denn, fügte er unter Beifallsbezeugungen hinzu, noch bilden wir die Regierung, und werden nicht zugeben, daß der Boden des Gesetzes verlassen werde und die Kammer in die Prerogative der Krone eingreife. Noch wurde der Zusatz Zwergers, in einer Adresse der Nationalversammlung zu erklären, daß die Kammer der Abgeordneten die Reichsverfassung als Gesetz anerkenne und dieselbe von ihren weiteren Beschlüssen in Kenntniß gesetzt werde, angenommen und die Sitzung um die Mittagsstunde geschlossen.

Neueste Nachricht.

Hadersleben, d. 23. April. Heute ist die erste bedeutende Schlacht im Kriege gegen die Dänen von den Schleswig-holsteinischen Truppen geschlagen worden, und Gottlob! der Sieg ist vollständig auf unserer Seite. Früh 8 Uhr hat die dänische Armee unsere Truppen angegriffen, in einer Stärke von 18 Bataillonen Infanterie, 3 Regimentern Kavallerie und einer zahlreichen Artillerie, unterstützt von einer Korvette und 2 Kanonenbooten im Fjord von Kolding. Nach einem langen und blutigen Gefecht von 6 Stunden wurde der Feind auf allen Punkten geschlagen. Im Anfange des Gefechtes mußte unsere Avantgarde Kolding nach tapferer Gegenwehr auf Befehl des General v. Bonin räumen, Mittags aber drang Bonin selbst mit dem linken Flügel von Gielballe vor, während Kolding von der ersten Brigade mit Sturm wieder genommen wurde. Um 3½ Uhr war der Sieg entschieden, der Feind wurde in der Richtung auf Weile verfolgt. Der beiderseitige Verlust wird auf 1000 Mann an Todten und Verwundeten geschätzt, darunter leicht verwundet die Obersten Graf v. Baudissin und v. Sachau. Die Stadt Kolding ward in Brand geschossen. — Orla Lehmann ist als Gefangener nach Schleswig gebracht. (D. R.)

Bekanntmachungen.

Auction.

Montag, den 30. d. M. u. folg. Tags, jedesmal von 1½ Uhr an, soll gr. Ulrichsstraße Nr. 20 ein schöner weiblicher Nachlaß, als: 1 goldenes Armband, dgl. Halscollier, Ohrringe, Brosche, Ringe, Silberzeug, Kupfer, 1 gr. eiserner Mörser, 1

schönes weißes Porzellan-Service (à 16 Personen), 1 dgl. schönes blaues, 1 vollständig gutes Federbett, Tisch-, Leib- und Bettwäsche, sehr gute weibliche Kleidungsstücke, 2 neue schöne Mahagoni-Sopha's, 1 dgl. Sophaestelle, 1 Roccoco-Sopha, 6 Stück dgl. Stühle mit schwerem seidnen Bezug, 1 gr. Spiegel in Goldrahmen, 6 neue Birkenstühle, 1 Secretär, 1 Kleiderschrank, 1 gute damascirte

Doppelflinte nebst Jagdgeräthe, 1 Partie Waschleinen, 1 gr. Partie neue wollene Schnure, Quasten und Bronze-Gardinenhalter u. dgl. m., meißbriend verkauft werden.

J. H. Brandt,
Auct.-Commiff. u. Taxator.

Einen Lehrling sucht der Müller Bunge in Kabaß.